

Landschaftsverband Rheinland

Gesamtergebnisrechnung 2013

	2013	2012
	€	€
1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.685.918.848,66	2.641.161.792,66
2 + Sonstige Transfererträge	277.140.173,58	264.641.501,73
3 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.825,00	29.713,50
4 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	657.498.158,73	632.790.869,11
5 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	391.059.877,96	332.241.888,72
6 + Sonstige ordentliche Erträge	52.171.450,70	39.485.777,44
7 + Aktivierte Eigenleistungen	2.941.974,57	1.974.249,58
8 +/- Bestandsveränderungen	-523.547,17	419.496,27
9 = Ordentliche Gesamterträge	4.066.242.762,03	3.912.745.289,01
10 - Personalaufwendungen	817.456.225,41	779.179.638,79
11 - Versorgungsaufwendungen	37.221.428,59	25.344.936,67
12 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	528.034.617,44	458.939.774,91
13 - Bilanzielle Abschreibungen	50.404.041,85	50.192.789,81
14 - Transferaufwendungen	2.504.527.905,66	2.516.291.389,62
15 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.149.953,25	97.796.508,40
16 = Ordentliche Gesamtaufwendungen	4.052.794.172,20	3.927.745.038,20
17 = Ordentliches Gesamtergebnis	13.448.589,83	-14.999.749,19
18 + Finanzerträge	26.550.926,19	29.469.038,27
19 - Finanzaufwendungen	15.090.291,70	18.397.786,06
20 = Gesamtfinanzergebnis	11.460.634,49	11.071.252,21
21 = Gesamtjahresergebnis	24.909.224,32	-3.928.496,98
22 Dem Landschaftsverband Rheinland zuzurechnendes Ergebnis	24.810.919,30	-3.983.000,88
23 Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	98.305,02	54.503,90

Gesamtanhang
zum Gesamtabschluss
zum 31.12.2013

Landschaftsverband Rheinland



Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Gesamtabschlusses.....	1
2	Angaben zum Konsolidierungskreis.....	1
3	Angaben zu den Konsolidierungsmethoden	3
4	Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	4
5	Angaben zur Gesamtbilanz.....	7
6	Angaben zur Gesamtergebnisrechnung	11
7	Gesamtkapitalflussrechnung	11

1 Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Gesamtabchlusses

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat nach den Vorschriften der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerbO) sowie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Gemeindehaushaltsverordnung NRW - GemHVO NRW) und dem Ersten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – NKFVG) den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2013 aufgestellt. Sofern ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) anzuwenden waren, wurden gemäß der starren Verweisung in § 49 Absatz 4 GemHVO NRW i.V.m. Artikel 11 Satz 2 NKFVG die einschlägigen Regelungen des Handelsgesetzbuches erstmals in der Fassung vom 25. Mai 2009 (davor HGB in der Fassung vom 24. August 2002) berücksichtigt.

Die Ausweiswahlrechte wurden weitestgehend zugunsten des Gesamtanhangs ausgeübt.

Das Geschäftsjahr für den Konzern und die zu konsolidierenden Einrichtungen entspricht dem Kalenderjahr.

2 Angaben zum Konsolidierungskreis

Der Vollkonsolidierungskreis besteht zum 31. Dezember 2013 neben dem LVR unverändert aus sechzehn Sondervermögen sowie zwei verbundenen Unternehmen und einer Stiftung und setzt sich wie folgt zusammen:

Name der Einrichtung	Kapitalanteil zum 31.12.2013 in %
LVR-Klinik Bedburg-Hau, Bedburg-Hau	100
LVR-Klinik Bonn, Bonn	100
LVR-Klinik Düren, Düren	100
LVR-Klinikum Düsseldorf, Düsseldorf	100
LVR-Klinikum Essen, Essen	100
LVR-Klinik Köln, Köln	100
LVR-Klinik Langenfeld, Langenfeld	100
LVR-Klinik Mönchengladbach, Mönchengladbach	100
LVR-Klinik Viersen, Viersen	100
LVR-Klinik für Orthopädie Viersen, Viersen	100
LVR-Krankenhauszentralwäscherei, Bedburg-Hau	100
LVR-HPH-Netz Niederrhein, Bedburg-Hau	100
LVR-HPH-Netz Ost, Langenfeld	100
LVR-HPH-Netz West, Viersen	100
LVR-Jugendhilfe Rheinland, Solingen	100
LVR-InfoKom, Köln	100
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des Landschaftsverbandes Rheinland, Köln	100
Rheinland Kultur GmbH, Pulheim-Brauweiler	100
Rheinische Beamten-Baugesellschaft mbH, Köln	90

Nicht in den Gesamtabschluss einbezogen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns die Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler, Köln, mit einem Kapitalanteil zum 31. Dezember 2013 von 50 %.

Auf die Beteiligungen an den folgenden assoziierten Einrichtungen sind die Vorschriften des § 50 Absatz 3 GemHVO i.V.m. §§ 311 Absatz 1 und 312 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns zum 31. Dezember 2013 nicht angewendet worden:

Name der Einrichtung	Kapitalanteil zum 31.12.2013 in %
Energeticon gGmbH, Alsdorf	50,00
Vogelsang ip gGmbH, Schleiden	50,00
Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH, Köln	49,00
RW Beteiligungsgesellschaft II mbH, Düsseldorf	48,92
Klinikum Oberberg GmbH, Gummersbach	28,00
Haus Freudenberg GmbH, Kleve	25,10
Stiftung Scheibler Museum ROTES HAUS Monschau, Köln	50,00
Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben – Sammlung Tillmann, Nettetal	40,76

Darüber hinaus ist der LVR mit 32,67 % am Stammkapital der Provinzial Rheinland Holding AöR, Düsseldorf, beteiligt. Zum Bilanzstichtag besteht kein maßgeblicher Einfluss des LVR an der Anstalt.

3 Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Bei der **Kapitalkonsolidierung** wurde die Neubewertungsmethode gemäß § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 301 Absatz 1 HGB angewandt. In diesem Zusammenhang erfolgte die Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem Eigenkapital der Konzerntochtereinrichtungen auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs durch den LVR. Dabei wurden im Rahmen der Erstkonsolidierung zum 1. Januar 2010 die vom LVR bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung angesetzten Wertansätze herangezogen, da diese Zeitwerte im Rahmen der kommunalen Rechnungslegung fiktive Anschaffungskosten für den Eröffnungsbilanzstichtag gemäß § 92 Absatz 3 GO NRW darstellen.

Im Zeitpunkt der Erstkonsolidierung sind die aus der Kapitalkonsolidierung resultierenden Unterschiedsbeträge der Aktivseite von € 3.682.142,81 mit denen der Passivseite von € 31.732.999,18 verrechnet und als „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ mit € 28.050.856,37 im Eigenkapital ausgewiesen worden. Die aktiven Unterschiedsbeträge haben den Charakter eines Geschäfts- oder Firmenwertes. Bei den passiven Unterschiedsbe-

trägen handelt es sich im Wesentlichen um thesaurierte Gewinne zwischen dem Erstellungszeitpunkt der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung und dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung. Die passiven Unterschiedsbeträge haben somit Rücklagencharakter. Zum 31. Dezember 2013 werden erstmals der aktive Unterschiedsbetrag in Höhe von unverändert € 3.437.963,53 als „Geschäfts- oder Firmenwert“ unter den immateriellen Vermögensgegenständen und der passive Unterschiedsbetrag in Höhe von € 31.374.282,15 (im Vorjahr € 31.390.272,15) als „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ unsaldiert bilanziert. Der passive „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ wird aufgrund seines Rücklagencharakters im Eigenkapital ausgewiesen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden die Vorjahreswerte in der Gesamtbilanz entsprechend angepasst. Die vorstehende Bruttodarstellung der Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung in der Gesamtbilanz erfolgt gemäß § 49 Absatz 4 GemHVO NRW und § 301 Absatz 3 HGB i.V.m. Artikel 11 Satz 2 NKFVG. Im Haushaltsjahr 2013 hat ein Grundstücksabgang bei einer Konzerntochtereinrichtung zu einer weiteren Verminderung des passiven „Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung“ um € 15.990,00 geführt.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgte nach § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 303 Absatz 1 HGB durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den Konzerneinrichtungen.

Von einer **Zwischenergebniseliminierung** wurde gemäß § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW abgesehen, da Lieferungen und Leistungen zwischen den Konzerneinrichtungen auf Selbstkostenbasis vorgenommen wurden. Die Ermittlung der Wertansätze erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** erfolgte gemäß § 50 Absatz 1 und 2 GemHVO NRW i.V.m. § 305 Absatz 1 HGB durch Verrechnung der Erträge zwischen den Konzerneinrichtungen mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

4 Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2013 wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung erstellt.

Die Jahresabschlüsse der vollkonsolidierten Konzerntochtereinrichtungen wurden für den Gesamtabchluss entsprechend den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich

einheitlich nach den beim LVR geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Beachtung der Regelungen der GO NRW und der GemHVO NRW aufgestellt.

Die Bewertung der einzelnen Vermögens- und Schuldposten erfolgte dabei insbesondere unter Beachtung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze nach § 32 GemHVO NRW.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich zu Anschaffungskosten, abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, bewertet. Im Haushaltsjahr 2013 wurden, entsprechend der einschlägigen Ausführungen in der 5. Auflage der Handreichung für Kommunen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement in Nordrhein-Westfalen, erstmals selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände von Konzerntochtereinrichtungen in Höhe von € 539.962,26 aktiviert und mit € 75.012,31 planmäßig linear abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und wird, soweit abschreibbar, um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vermindert. Bei dem LVR wurden unbebaute und bebaute Grundstücke im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 der Kernverwaltung mit vorsichtig geschätzten Zeitwerten angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden grundsätzlich im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben. Bei einzelnen Konzerntochtereinrichtungen werden geringwertige Wirtschaftsgüter sowie Wirtschaftsgüter bis € 1.000,00 in einem Sammelposten erfasst und zeitanteilig über fünf Jahre abgeschrieben. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns wurde die abweichende Bilanzierung der geringwertigen Wirtschaftsgüter durch die Konzerntochtereinrichtungen beibehalten.

Bei den Finanzanlagen werden die Anteile an assoziierten Unternehmen, übrige Beteiligungen und Stiftungen gemäß § 55 Absatz 6 Satz 2 GemHVO NRW mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt. Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt gemäß § 55 Absatz 7 GemHVO NRW mit dem beizulegenden Wert bzw. den historischen Anschaffungskosten. Soweit dieser Ansatz nicht zu einer zutreffenden Abbildung der tatsächlichen Vermögenslage führt, sind die Wertpapiere sowie einzelne Beteiligungen unter Beachtung des Vorsichtsprinzips mit dem Ertragswert angesetzt worden. Ausleihungen werden mit ihrem Nominalwert bzw. einem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Bewertung der Vorräte erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Dabei wurden teilweise Durchschnittswerte oder der letzte Einstandspreis angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennbetrag aktiviert. Zweifelhafte Forderungen sind mit dem wahrscheinlich eingehenden Wert angesetzt worden. Neben Einzelwertberichtigungen wurden pauschale Bewertungsabschläge für das allgemeine Ausfall- und Kreditrisiko vorgenommen.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Der Ansatz der liquiden Mittel erfolgte zum Nennwert.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen, ausgewiesen. Der Ausweis erfolgt zum Nennwert.

Die Sonderposten beinhalten von Dritten vereinnahmte zweckgebundene Zuwendungen. Sie werden entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst.

Allen am Bilanzstichtag bestehenden und bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Für die Pensionsverpflichtungen wurden Rückstellungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften für bestehende Versorgungsansprüche und Anwartschaften sowie andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst gebildet. Für die Rückstellungen wurde der Barwert im Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinsfuß von fünf Prozent ermittelt.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen, ausgewiesen. Der Ausweis erfolgt zum Nennwert.

5 Angaben zur Gesamtbilanz

In der Gesamtbilanz wurden auf der Aktivseite die Posten

- 1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert
- 1.1.2 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände
- 1.1.3 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände
- 1.2.2.4 Krankenhäuser
- 1.2.2.5 Soziale Einrichtungen
- 1.3.7 Stiftungen
- 2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen
- 2.1.3 Fertige Erzeugnisse, Waren

und auf der Passivseite die Posten

- 1.4 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung
- 1.5 Gesamtjahresergebnis soweit es auf den Landschaftsverband-Rheinland entfällt
- 4.7 Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht
- 4.8 Verbindlichkeiten aus noch nicht verwendeten Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen

aus Gründen der Bilanzklarheit hinzugefügt.

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt, der als Anlage 1 beigelegt ist.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird gemäß den einschlägigen Regelungen des NKFVG erstmals zum 31. Dezember 2013 ausgewiesen. In diesem Zusammenhang wird auf die vorstehenden einschlägigen Ausführungen zur Kapitalkonsolidierung verwiesen.

Zum 31. Dezember 2013 wurden Wertpapiere des Anlagevermögens sowie sonstige Ausleihungen aufgrund fortwährender Wertminderungen mit T€ 466 bzw. T€ 909 auf den unter den Anschaffungskosten liegenden Marktwert abgeschrieben. Darüber hinaus sind im Haushaltsjahr 2013 insgesamt Buchgewinne und Buchverluste aus dem Abgang von nicht mehr zur gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung benötigten Vermögensgegenständen von T€ 36 bzw. T€ 5 angefallen. Die vorstehenden Aufwendungen und Erträge werden seit dem Haushaltsjahr 2012 gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW i.V.m. Artikel 11 Satz 3 NKFVG ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Die Anteile an assoziierten Unternehmen betreffen die Haus Freudenberg GmbH, die Klinikum Oberberg GmbH, die Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH, die Vogelsang ip gGmbH, die Energeticon gGmbH und die RW Beteiligungsgesellschaft II mbH.

Die übrigen Beteiligungen entfallen zum Bilanzstichtag insbesondere auf Anteile des LVR an der Provinzial Rheinland Holding AöR.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens betreffen vor allem Aktienbestände des LVR zum 31. Dezember 2013 an der RWE AG sowie Schuldscheindarlehen und Schuldverschreibungen.

Unter den Ausleihungen sind vor allem langfristige Darlehen des LVR, die dieser im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgabenerfüllung vergibt, aktiviert.

Bei den Finanzanlagen werden auch die rechtlich selbstständigen Stiftungen ausgewiesen. Vor dem Hintergrund der Verwendungsbeschränkung des Stiftungsvermögens wurde im Eigenkapital eine Sonderrücklage in Höhe des aktivierten Wertansatzes der Stiftungen passiviert.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen wurden zum 31. Dezember 2013 gemäß § 41 Absatz 3 GemHVO NRW i.V.m. Artikel 11 Satz 2 NKFW nicht mehr untergegliedert. Sie bestehen vor allem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Nordrhein-Westfalen und diversen Kommunen. Im Laufe des Jahres 2014 haben sich im Bereich der Grundsicherungsleistungen Nachforderungen aus Kostenerstattungen für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von € 11,9 Mio ergeben, die im Haushaltsjahr 2014 ertragswirksam vereinnahmt worden sind.

Die privatrechtlichen Forderungen betreffen vor allem Forderungen gegenüber Krankenkassen und sonstigen Sozialleistungsträgern sowie Kostenerstattungen gegenüber öffentlichen Einrichtungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen vor allem auf die Ausgleichsabgabe. Darüber hinaus werden in den sonstigen Vermögensgegenständen Aufrechnungsdifferenzen aus der Schuldenkonsolidierung von kumuliert € 0,039 Mio ausgewiesen, nach dem im Vorjahr bei den sonstigen Verbindlichkeiten ein entsprechender Verbindlichkeitssaldo von € 0,031 Mio bilanziert wurde. Die kumulierten Aufrechnungsdifferenzen ergeben sich aus Forderungsüberhängen von € 1,190 Mio (im Vorjahr € 1,327 Mio) und Verbindlichkeitsüberhängen von € 1,151 Mio (im Vorjahr € 1,358 Mio). Die Aufklärung der Aufrechnungsdifferenzen erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens handelt es sich um Termingeldanlagen, die der kurzfristigen Liquiditätssicherung dienen.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten entfallen hauptsächlich auf Vorauszahlungen von Sozialhilfeleistungen und Beamtenbezügen, die jeweils den Monat Januar des Folgejahres betreffen sowie auf die Ausgleichsabgabe auf Zuschusszahlungen für Investitionen.

Die Allgemeine Rücklage wurde zunächst als Unterschiedsbetrag zwischen den Vermögens- und Schuldposten des LVR im Rahmen der Eröffnungsbilanzstellung ermittelt. Seit dem erfolgte eine Fortschreibung der Allgemeinen Rücklage durch erfolgsneutrale Berichtigungsbuchungen zur Eröffnungsbilanz des LVR und durch Zuführungen von erwirtschafteten Jahresüberschüssen des LVR. Weitere Fortschreibungen der Allgemeinen Rücklage ergeben sich durch Zuführungen und Entnahmen bei den Rücklagen der Konzerntochtereinrichtungen. Darüber hinaus werden seit dem 31. Dezember 2012 Wertkorrekturen auf zum Verkauf bestimmte Immobilien und auf Finanzanlagen sowie Buchgewinne und -verluste aus Anlagenabgängen gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW i.V.m. Artikel 11 Satz 3 NKFVG ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Die vorstehenden Wertkorrekturen auf Immobilien sowie Buchgewinne und -verluste aus Anlagenabgängen müssen dabei Vermögensgegenstände betreffen, die der LVR zur gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung in absehbarer Zeit nicht mehr benötigt.

Die Sonderrücklage bildet den gesetzlich vorgeschrieben betragsgleichen Gegenposten zu den aktivierten rechtlich selbstständigen Stiftungen.

Die Ausgleichsrücklage wurde in der Eröffnungsbilanz des LVR in Höhe von einem Drittel des Eigenkapitals gebildet. Seit dem haben erfolgsneutrale Berichtigungsbuchungen zur Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung sowie Inanspruchnahmen zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der Kernverwaltung zu betragsgleichen Anpassungen der Ausgleichsrücklage geführt.

Der Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter entfällt auf die Minderheitenanteile einer zum Bilanzstichtag vollkonsolidierten Einrichtung.

Der Sonderposten für Zuwendungen beinhaltet insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse von der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Nordrhein-Westfalen, von Kommunen und Dritten zur Finanzierung der Anschaffung von Vermögensgegenständen.

Der sonstige Sonderposten wurde zur bilanz- und ergebnismäßigen Neutralisierung der Ausgleichsabgabe sowie seit dem Haushaltsjahr 2012 auch von Mitteln der Altenpflegeumlage gebildet.

Die Pensionsrückstellungen wurden gemäß § 36 Absatz 1 GemHVO NRW für entsprechende Verpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften für bestehende Versorgungsansprüche und Anwartschaften sowie andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst gebildet.

Bei den Instandhaltungsrückstellungen handelt es sich entsprechend § 36 Absatz 3 GemHVO NRW um unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen an Sachanlagen zum Bilanzstichtag, deren Nachholung hinreichend konkret beabsichtigt ist.

Die Steuerrückstellungen betreffen vor allem Ertrags- und Umsatzsteuerverpflichtungen von Betrieben gewerblicher Art.

Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf offene Sozialtransfervorgänge, drohende Verluste, Altersteilzeitverpflichtungen, Prozessrisiken sowie Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen.

Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten und ihre Restlaufzeiten ergeben sich aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel:

Gesamtverbindlichkeitspiegel zum 31.12.2013				
Art der Verbindlichkeiten	Stand 31.12.2013	mit einer Restlaufzeit von		
	€	bis zu 1 Jahr €	1 bis 5 Jahre €	mehr als 5 Jahre €
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	465.489.844,62	129.108.007,90	149.666.608,41	186.715.228,31
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	18.159.932,54	2.326.587,24	10.177.118,48	5.656.226,82
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	35.694.868,60	35.694.868,60	0,00	0,00
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	339.813.160,55	339.813.160,55	0,00	0,00
<i>davon Ausgleichsabgabe</i>	<i>72.520.000,00</i>	<i>72.520.000,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
4.7 Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	30.512.782,87	30.512.782,87	0,00	0,00
4.8 Verbindlichkeiten aus nicht verwendeten Zuwendungen zur Finanzierung von Anlagevermögen	5.574.893,21	5.574.893,21	0,00	0,00
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten	84.149.019,35	84.144.875,00	4.144,35	0,00
<i>davon Ausgleichsabgabe</i>	<i>1.956.759,59</i>	<i>1.956.759,59</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
4.10 Erhaltene Anzahlungen	14.884.481,30	14.884.481,30	0,00	0,00
<i>davon Ausgleichsabgabe</i>	<i>10.042.528,38</i>	<i>10.042.528,38</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
Summe aller Verbindlichkeiten	994.278.983,04	642.059.656,67	159.847.871,24	192.371.455,13

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich hauptsächlich um von den Rentenversicherungsträgern an den LVR im Dezember vorausbezahlte Rentenbeiträge für den Folgemonat, die von den Leistungsempfängern an den LVR abgetreten wurden.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten aufgrund einer Bürgschaftsübernahme gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines Förderprojektes bei der Vogelsang ip GmbH in Höhe von unverändert T€ 430 sowie aus Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von T€ 27.247 (im Vorjahr T€ 26.349).

6 Angaben zur Gesamtergebnisrechnung

In den sonstigen ordentlichen Erträgen werden Aufrechnungsdifferenzen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung von kumuliert € 0,743 Mio (Vorjahr € 1,471 Mio) ausgewiesen. Die kumulierten Aufrechnungsdifferenzen ergeben sich aus Aufwandsüberhängen von € 1,171 Mio (Vorjahr € 1,785 Mio) und Ertragsüberhängen von € 1,914 Mio (Vorjahr € 3,256 Mio). Die Aufklärung der Aufrechnungsdifferenzen erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der maßgeblichen Posten der Gesamtergebnisrechnung ist in dem Gesamtlagebericht dargestellt.

7 Gesamtkapitalflussrechnung

Die Gesamtkapitalflussrechnung nach § 51 Absatz 3 GemHVO NRW für das Haushaltsjahr 2013 stellt sich wie folgt dar:

Gesamtkapitalflussrechnung			
		2013	2012
		T€	T€
1	Gesamtjahresergebnis	24.909	-3.928
2	Abschreibungen auf das Anlagevermögen	50.404	50.193
3	Gewinn aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-1	-561
4	Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	216	1.247
5	Abnahme (Vorjahr Zunahme) an Vorräten und geleisteten Anzahlungen auf Vorräte	384	-197
6	Zunahme (Vorjahr Abnahme) von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen	-9.076	16.344
7	Zunahme von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	-406	-495
8	Zunahme von Rückstellungen	18.863	22.195
9	Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	7.701	44.188
10	Abnahme (Vorjahr Zunahme) der Passiva, die der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	5.422	-717
11	Abnahme (Vorjahr Zunahme) der passiven Rechnungsabgrenzungsposten	-422	43
12	Netto-Zahlungsströme aus laufender Verwaltungstätigkeit	97.994	128.312
13	Auszahlungen (saldiert mit Einzahlungen) aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-7.182	311
14	Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	1	1
15	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	4.328	6.345
16	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	29.109	205.355
17	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-2.223	-3.152
18	Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen	-69.758	-67.981
19	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-80.390	-95.980
20	Netto-Zahlungsströme aus Investitionstätigkeit	-126.115	44.899
21	Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	102.000	205.260
22	saldierte Buchgewinne / Buchverluste aus Anlageabgängen bzw. Wertkorrekturen bei nicht mehr benötigten Vermögensgegenständen gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW	30	-2.658
23	Wertkorrekturen bei Finanzanlagen gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW	-1.374	-74.987
24	Entnahmen aus Rücklagen	-16	-68
25	Auszahlungen von Dividenden	-23	-46
26	Auszahlungen für die Tilgung von Darlehen	-144.739	-188.327
27	Netto-Zahlungsströme aus Finanzierungstätigkeit	-44.122	-60.826
28	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-72.243	112.385
29	Anfangsbestand des Finanzmittelfonds zum 1. Januar	425.446	313.061
30	Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	353.203	425.446

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
Wertpapiere des Umlaufvermögens	30.202	20.032
Liquide Mittel	323.001	405.414
	353.203	425.446

Gesamtanlagenspiegel

	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwert zum 31.12.2013	Restbuchwert zum 31.12.2012	
	Stand 01.01.2013	Zugang	Abgang	Umbuchungen und Nachaktivierungen	Stand 31.12.2013	Stand 01.01.2013	Zugang	Abgang	Umbuchungen und Nachaktivierungen	Stand 31.12.2013			
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert	3.437.963,53	0,00	0,00	0,00	3.437.963,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.437.963,53	3.437.963,53	
1.1.2 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	37.899.792,44	1.142.238,79	-70.062,52	1.195.004,51	40.166.973,22	29.128.499,32	4.166.344,38	-69.042,94	6.000,00	33.231.800,76	6.935.172,46	8.771.293,12	
1.1.3 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	107.167,55	54.247,00	0,00	-161.414,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	107.167,55	
	41.444.923,52	1.196.485,79	-70.062,52	1.033.589,96	43.604.936,75	29.128.499,32	4.166.344,38	-69.042,94	6.000,00	33.231.800,76	10.373.135,99	12.316.424,20	
1.2 Sachanlagen													
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
1.2.1.1 Grünflächen	491.382,00	0,00	0,00	0,00	491.382,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	491.382,00	491.382,00	
1.2.1.2 Ackerland	3.873.627,38	0,00	0,00	0,00	3.873.627,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.873.627,38	3.873.627,38	
1.2.1.3 Wald und Forsten	2.321.825,00	0,00	0,00	0,00	2.321.825,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.321.825,00	2.321.825,00	
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	27.926.238,57	0,00	-88.500,00	0,00	27.837.738,57	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.837.738,57	27.926.238,57	
	34.613.072,95	0,00	-88.500,00	0,00	34.524.572,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.524.572,95	34.613.072,95	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	14.007.538,92	0,00	0,00	3.187.867,90	17.195.406,82	2.133.020,60	417.119,07	0,00	0,00	2.550.139,67	14.645.267,15	11.874.518,32	
1.2.2.2 Schulen	349.715.771,03	6.741.055,60	-229.859,99	4.152.986,97	360.379.953,61	50.949.151,51	9.241.891,22	-14.238,10	0,00	60.176.804,63	300.203.148,98	298.766.619,52	
1.2.2.3 Wohnbauten	102.386.945,41	1.851.143,07	-91.800,51	112.851,38	104.259.139,35	42.933.345,32	1.999.892,70	-17.600,51	0,00	44.915.637,51	59.343.501,84	59.453.600,09	
1.2.2.4 Krankenhäuser	584.098.510,01	16.133.284,99	-1.617.201,77	11.854.332,11	610.468.925,34	236.778.732,71	10.774.984,90	-1.596.119,73	0,00	245.957.597,88	364.511.327,46	347.319.777,30	
1.2.2.5 Soziale Einrichtungen	82.111.408,66	6.175,55	-4.477.448,18	0,00	77.640.136,03	23.410.099,92	1.254.365,21	-1.957.507,04	0,00	22.706.958,09	54.933.177,94	58.701.308,74	
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts-, und Betriebsgebäude	425.736.333,04	1.627.864,96	-2.658,27	5.872.138,00	433.233.677,73	46.739.313,48	6.546.412,37	-1.637,11	0,00	53.284.088,74	379.949.588,99	378.997.019,56	
	1.558.056.507,07	26.359.524,17	-6.418.968,72	25.180.176,36	1.603.177.238,88	402.943.663,54	30.234.665,47	-3.587.102,49	0,00	429.591.226,52	1.173.586.012,36	1.155.112.843,53	
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	8.085.795,32	389,85	0,00	0,00	8.086.185,17	1.054.810,62	283.272,27	0,00	0,00	1.338.082,89	6.748.102,28	7.030.984,70	
1.2.5 Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	49.072.521,16	1.031.979,16	0,00	1.278.938,04	51.383.438,36	8.000,00	131.467,00	0,00	365,00	139.832,00	51.243.606,36	49.064.521,16	
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	103.042.431,86	2.768.201,80	-838.570,00	2.241.743,93	107.213.807,59	75.962.006,29	3.759.216,29	-830.631,91	0,00	78.890.590,67	28.323.216,92	27.080.425,57	
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung (Einrichtungen und Ausstattungen)	167.235.449,90	12.610.766,96	-5.972.284,42	401.474,79	174.275.407,23	124.678.754,01	11.829.076,44	-5.780.789,03	-365,00	130.726.676,42	43.548.730,81	42.556.695,89	
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	83.424.658,82	27.596.064,25	-1.208.014,82	-29.711.599,55	80.101.108,70	65.353,88	0,00	0,00	0,00	65.353,88	80.035.754,82	83.359.304,94	
	2.003.530.437,08	70.366.926,19	-14.526.337,96	-609.266,43	2.058.761.758,88	604.712.588,34	46.237.697,47	-10.198.523,43	0,00	640.751.762,38	1.418.009.996,50	1.398.817.848,74	
1.3 Finanzanlagen													
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	5.434.250,00	1.068.784,13	0,00	0,00	6.503.034,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.503.034,13	5.434.250,00	
1.3.3 Übrige Beteiligungen	477.758.037,78	0,00	0,00	0,00	477.758.037,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	477.758.037,78	477.758.037,78	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	222.299.674,21	65.579.319,68	-18.381.266,41	0,00	269.497.727,48	425.413,75	0,00	-183.975,00	0,00	241.438,75	269.256.288,73	221.874.260,46	
1.3.6 Ausleihungen													
1.3.6.2 Ausleihungen an Beteiligungen	27.005.207,81	2.760.169,01	-908.776,16	0,00	28.856.600,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.856.600,66	27.005.207,81	
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	332.390.086,48	10.982.116,18	-10.217.764,32	0,00	333.154.438,34	277.796,97	0,00	0,00	0,00	277.796,97	332.876.641,37	332.112.289,51	
1.3.7 Stiftungen	2.586.021,24	0,00	0,00	0,00	2.586.021,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.586.021,24	2.586.021,24	
	1.067.473.277,52	80.390.389,00	-29.507.806,89	0,00	1.118.355.859,63	703.210,72	0,00	-183.975,00	0,00	519.235,72	1.117.836.623,91	1.066.770.066,80	
	3.112.448.638,12	151.953.800,98	-44.104.207,37	424.323,53	3.220.722.555,26	634.544.298,38	50.404.041,85	-10.451.541,37	6.000,00	674.502.798,86	2.546.219.756,40	2.477.904.339,74	

Gesamtlagebericht
zum Gesamtabschluss
zum 31.12.2013

Landschaftsverband Rheinland



Qualität für Menschen

Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit	1
2	Gesamter Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Gesamtlage.....	3
3	Vorgänge nach dem Bilanzstichtag	8
4	Künftige Geschäftsentwicklung.....	9
4.1	Risikomanagementsystem	9
4.2	Risiken und Chancen.....	12
4.3	Ausblick.....	19
5	Sonstige Angaben	21

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat nach den Vorschriften der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerbO) sowie der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der Verordnung über das Haushaltswesen der Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (Gemeindehaushaltsverordnung NRW - GemHVO NRW) und dem Ersten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen (1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz – NKFVG) den Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2013 aufgestellt. Der Gesamtabschluss ist gemäß § 116 Absatz 1 Satz 2 GO NRW um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen.

Der Gesamtlagebericht soll entsprechend den Regelungen des § 51 Absatz 1 GemHVO NRW

- das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des LVR einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche erläutern,
- eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft des LVR unter Einbeziehung der verselbstständigten Aufgabenbereiche und der Gesamtlage des LVR vornehmen sowie
- die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung des LVR aufzeigen.

1 Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit

Der LVR arbeitet als Kommunalverband und Partner der rheinischen Kommunen mit rund 18.000 Beschäftigten für die etwa 9,4 Millionen Menschen im Rheinland. Der LVR erfüllt rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Er ist der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland, betreibt 40 Schulen, zehn Kliniken und drei Netze Heilpädagogischer Hilfen sowie elf Museen und vielfältige Kultureinrichtungen. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen.

Der LVR lässt sich dabei von seinem Motto - Qualität für Menschen - leiten.

Mitgliedskörperschaften des LVR sind die 13 kreisfreien Städte, die 12 Kreise sowie die StädteRegion Aachen im rheinischen Teil des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie tragen und finanzieren den LVR, dessen Arbeit von der Landschaftsversammlung Rheinland mit 128 Mitgliedern aus den rheinischen Kommunen gestaltet wird.

Der LVR erfüllt für die Mitgliedskörperschaften Aufgaben, die zweckmäßigerweise rheinlandweit wahrgenommen werden. Zur Finanzierung der übertragenen Aufgaben erhebt der LVR eine Umlage von seinen Mitgliedskommunen. Rechtsgrundlage für die Erhebung der Landschaftsumlage ist § 22 der Landschaftsverbandsordnung.

Die Landschaftsumlage ergibt sich aus der Anwendung eines Hebesatzes, dem Umlagesatz, auf die Umlagegrundlagen. Die Höhe der Umlagegrundlagen ergibt sich auf der Basis des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzierungsgesetz) aus den Steuerkraftzahlen der Referenzperiode vom 1. Juli des Vorvorjahres bis zum 30. Juni des Vorjahres und wird maßgeblich durch das Steueraufkommen und somit durch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedskörperschaften sind aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise stark angespannt. Dem LVR als Umlageverband kommt daher eine besondere Verantwortung bei der Planung und Bewirtschaftung seines Haushaltes zu. Dies beeinflusst insbesondere die Landschaftsumlage und somit die haushalterischen Belange des LVR. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die haushalterischen Verhältnisse in einem außergewöhnlich hohen Maße durch soziale Transferleistungen, die infolge zugrundeliegender gesetzlicher Anspruchsgrundlagen der Menschen im Rheinland und somit dem Grunde nach nicht durch den LVR beeinflussbar sind, bestimmt werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Landschaftsverband Rheinland die nachfolgenden haushaltswirtschaftlichen Leitlinien entworfen, die sein wirtschaftliches Handeln maßgeblich prägen:

- Konsolidierung des Haushaltes,
- Umlagesatzgestaltung unter Beachtung des Rücksichtnahmegebotes in Kenntnis der schwierigen Finanzlage seiner Mitgliedskörperschaften,
- Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit durch Erhalt des verbliebenen Eigenkapitals und
- Sicherstellung ausreichender Liquidität.

2 Gesamter Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Gesamtlage

Der Landschaftsverband Rheinland hat den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2013 aufgestellt. Der Vollkonsolidierungskreis besteht zum Bilanzstichtag neben der Kernverwaltung unverändert aus sechzehn Sondervermögen sowie zwei verbundenen Unternehmen und einer Stiftung.

In der nachfolgenden Betrachtung wird die wirtschaftliche Gesamtlage des LVR anhand der Ertrags-, Vermögens-, Schulden- und Finanzgesamtlage dargestellt.

Die **Ertragsgesamtlage** weist bei ordentlichen Gesamterträgen von € 4.066,24 Mio (im Vorjahr € 3.912,75 Mio) und ordentlichen Gesamtaufwendungen von € 4.052,79 Mio (im Vorjahr € 3.927,75 Mio) einen Gesamtüberschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von € 13,45 Mio (im Vorjahr Gesamtfehlbetrag € 15,00 Mio) aus. Nach Berücksichtigung eines positiven Gesamtfinanzergebnisses von € 11,46 Mio (im Vorjahr € 11,07 Mio) errechnet sich ein Gesamtjahresüberschuss von € 24,91 Mio (im Vorjahr Gesamtjahresfehlbetrag € 3,93 Mio). Darin enthalten sind Gewinnanteile anderer Gesellschafter von € 0,10 Mio (im Vorjahr € 0,05 Mio).

Die ordentlichen Gesamterträge entfallen vor allem mit € 2.241,41 Mio (im Vorjahr € 2.216,61 Mio) auf die von den Mitgliedskörperschaften bei einem Umlagesatz von 16,65 % (im Vorjahr 16,70 %) geleistete Landschaftsumlage, mit € 657,50 Mio (im Vorjahr € 632,79 Mio) auf privatrechtliche Leistungsentgelte, insbesondere für Krankenhausleistungen sowie für Betreuungs- und Versorgungsleistungen von Menschen mit Behinderungen, mit € 391,06 Mio (im Vorjahr € 332,24 Mio) auf Kostenerstattungen und Kostenumlagen Dritter, mit € 321,51 Mio (im Vorjahr € 308,56 Mio) auf öffentliche Schlüsselzuweisungen sowie mit € 277,14 Mio (im Vorjahr € 264,64 Mio) auf sonstige Transfererträge, hauptsächlich aus übergeleiteten Renten, Pflegeversicherungs- und Wohngeldleistungen. Die privatrechtlichen Leistungsentgelte haben vor allem in Folge einer verbesserten Entgeltgestaltung in den Klinikbereichen zugenommen. Der Anstieg der Kostenerstattungen und Kostenumlagen Dritter beruht vor allem auf den erstmals ganzjährigen Auswirkungen einer Anhebung der Bundesbeteiligung für die Grundsicherung und der zum 1. Juli 2012 neu übertragenen Aufgaben im Rahmen der umlagefinanzierten Altenpflegeausbildung. Die sonstigen Transfererträge haben sich vor allem aufgrund der gestiegenen Erstattungen von sozialen Leistungen außerhalb

und innerhalb von Einrichtungen erhöht. Der Anteil der Landschaftsumlage an den ordentlichen Gesamterträgen hat sich um zwei Prozentpunkte auf 55 % vermindert.

Bei den ordentlichen Gesamtaufwendungen handelt es sich im Wesentlichen mit € 2.378,13 Mio (im Vorjahr € 2.314,66 Mio) um Sozialtransferleistungen, insbesondere Betreuungs-, Unterbringungs- und Pflegeaufwendungen, mit € 854,68 Mio (im Vorjahr € 804,52 Mio) um Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie mit € 528,03 Mio (im Vorjahr € 458,94 Mio) um aufgabenbezogene Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, hauptsächlich die Erstattung an die örtlichen Sozialhilfeträger, den Energie- und Wasserbezug sowie den medizinischen und Wirtschaftsbedarf der LVR-Kliniken und der Netze Heilpädagogischer Hilfen. Bei geringeren Aufwendungen im Bereich von Leistungen zur vorschulischen Bildung beruht der Anstieg der Sozialtransferleistungen hauptsächlich auf höheren Betreuungsaufwendungen in Folge von Entgelt- und Fallzahlensteigerungen. Der Anstieg der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist vor allem auf die erstmals ganzjährigen Auswirkungen der im Haushaltsjahr 2012 neu übertragenen Aufgaben im Rahmen der umlagefinanzierten Altenpflegeausbildung zurückzuführen. Die Personalaufwendungen haben vor allem aufgrund von Personalausweitungen im Krankenhausbereich auf Basis der Psychiatrie-Personalverordnung zugenommen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die Versorgungsaufwendungen im Vorjahr maßgeblich durch die Verrechnung mit Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen für Versorgungsempfänger der ehemaligen Versorgungsverwaltung infolge der Zurückweisung an das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von € 18,5 Mio beeinflusst wurden. Die gesamten Transferleistungen von € 2.504,53 Mio (im Vorjahr € 2.516,29 Mio) haben sich um zwei Prozentpunkte auf 62 % der ordentlichen Gesamtaufwendungen vermindert. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Transferleistungen im Vorjahr vor allem durch Leistungen zur vorschulischen Bildung und durch Zuweisungen beeinflusst wurden.

Bei einem Gesamtüberschuss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von € 13,45 Mio (im Vorjahr Gesamtfehlbetrag von € 15,00 Mio) hat sich der Aufwandsdeckungsgrad im Haushaltsjahr 2013 um 0,7 Prozentpunkte auf 100,3 % verbessert.

Das Gesamtfinanzergebnis ermittelt sich aus Finanzerträgen von € 26,55 Mio (im Vorjahr € 29,47 Mio) und Finanzaufwendungen von € 15,09 Mio (im Vorjahr € 18,40 Mio). Die Finanzerträge ergeben sich unverändert im Wesentlichen aus Zinserträgen, der Gewinnausschüttung der Provinzial Holding AöR und Dividendeneinnahmen aus den

Stammaktien der RWE AG. Die Finanzaufwendungen resultieren insbesondere aus Zinsaufwendungen für Investitionskredite.

Der Gesamtjahresüberschuss 2013 von € 24,91 Mio (im Vorjahr Gesamtjahresfehlbetrag von € 3,93 Mio) wurde weiterhin maßgeblich durch den Jahresüberschuss der Kernverwaltung beeinflusst. Die Gesamtergebnisverbesserung ist bei einem nahezu unveränderten Gesamtfinanzergebnis vor allem auf die gegenüber den Gesamtaufwendungen überproportional gestiegenen Gesamterträge zurückzuführen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass zum 31. Dezember 2013 bei Finanzanlagen aufgrund vorgenommener Wertkorrekturen sowie bei nicht mehr zur Aufgabenwahrnehmung benötigten Sachanlagen Buchgewinne und Buchverluste angefallen sind, die insgesamt zu saldierten Aufwendungen von zusammen € 1,34 Mio (im Vorjahr € 77,64 Mio) geführt haben, die gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW i.V.m. Artikel 11 Satz 3 NKFVG ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet wurden.

Die **Vermögensgesamtlage** wird zum 31. Dezember 2013 unverändert durch das Anlagevermögen geprägt. Zum Bilanzstichtag hat sich die Gesamtbilanzsumme geringfügig um € 5,20 Mio auf € 3.374,28 Mio (einschließlich der Ausgleichsabgabe von € 299,03 Mio) erhöht.

Das Anlagevermögen beträgt mit € 2.546,22 Mio (im Vorjahr € 2.477,90 Mio) insgesamt 76 % (im Vorjahr 74 %) der Gesamtbilanzsumme. Es entfällt im Wesentlichen mit € 1.418,01 Mio (im Vorjahr € 1.398,82 Mio) auf Sachanlagen und mit € 1.117,84 Mio (im Vorjahr € 1.066,77 Mio) auf Finanzanlagen. Das Sachanlagevermögen betrifft weiterhin vor allem Schulgebäude, Krankenhäuser und sonstige Betriebsgebäude. Die Investitionstätigkeit des Konzerns erstreckte sich im Haushaltsjahr 2013 im Wesentlichen auf Baumaßnahmen bei Krankenhäusern, Förderschulen und musealen Einrichtungen. Bei dem Finanzanlagevermögen handelt es sich insbesondere um Anteile an der Provinzial Rheinland Holding AöR, um Aktien an der RWE AG, um Schuldscheindarlehen und Schuldverschreibungen sowie um langfristige Darlehen im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung des LVR.

Die Anteile des Umlaufvermögens sowie der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten und somit der kurzfristig gebundenen Vermögenswerte haben sich um zwei Prozentpunkte auf 24 % der Gesamtbilanzsumme vermindert. Das Umlaufvermögen beläuft sich zum

Bilanzstichtag auf € 806,83 Mio (im Vorjahr € 870,38 Mio) und entfällt vor allem mit € 323,00 Mio (im Vorjahr € 405,41 Mio) auf die liquiden Mittel, mit € 238,26 Mio (im Vorjahr € 241,91 Mio) auf öffentlich-rechtliche Forderungen sowie Forderungen aus Transferleistungen und mit € 106,77 Mio (im Vorjahr € 103,50 Mio) auf privatrechtliche Forderungen. Die öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen bestehen vor allem gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Nordrhein-Westfalen und verschiedenen Kommunen. Die privatrechtlichen Forderungen betreffen vor allem Forderungen gegenüber Krankenkassen und sonstigen Sozialleistungsträgern sowie Kostenerstattungen gegenüber öffentlichen Einrichtungen.

Die Kapitalstruktur hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig zu Gunsten der langfristig ausgerichteten Posten des Eigenkapitals und der Sonderposten verändert.

Das Eigenkapital von € 727,82 Mio (im Vorjahr € 704,29 Mio) beträgt 22 % (im Vorjahr 21 %) der Gesamtbilanzsumme. Es entfällt mit € 418,99 Mio (im Vorjahr € 401,66 Mio) auf die Allgemeine Rücklage, mit unverändert € 204,70 Mio auf Sonderrücklagen, mit € 46,11 Mio (im Vorjahr € 68,76 Mio) auf die Ausgleichsrücklage, mit € 31,37 Mio (im Vorjahr € 31,39 Mio) auf den Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung, mit € 1,84 Mio (im Vorjahr € 1,76 Mio) auf den Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter (einschließlich dem Anteil an dem Gesamtjahresergebnis 2013) und mit € 24,81 Mio auf den Gesamtjahresüberschuss 2013 (im Vorjahr Gesamtjahresfehlbetrag von € 3,98 Mio) soweit er auf den LVR entfällt. Die Allgemeine Rücklage und die Ausgleichsrücklage haben sich vor allem um die jeweiligen Anteile der Konzerntochtereinrichtungen bzw. der Kernverwaltung an dem Gesamtjahresfehlbetrag 2012 verändert. Darüber hinaus wurden zum 31. Dezember 2013 saldierte Aufwendungen aus bei Finanzanlagen vorgenommenen Wertkorrekturen sowie aus angefallenen Buchgewinnen und Buchverlusten aus Sachanlageabgängen von zusammen € 1,34 Mio (im Vorjahr € 77,64 Mio) gemäß § 43 Absatz 3 GemHVO NRW und § 90 Absatz 3 GO NRW i.V.m. Artikel 11 Satz 3 NKFVG ergebnisneutral mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet. Der Anstieg des Eigenkapitals ist insbesondere auf den Gesamtjahresüberschuss 2013 des Konzerns von € 24,81 Mio zurückzuführen.

Am Bilanzstichtag bestehen Sonderposten für Zuwendungen sowie sonstige Sonderposten von insgesamt € 614,57 Mio (im Vorjahr € 623,98 Mio). Der Sonderposten für Zuwendungen beinhaltet insbesondere öffentliche und private Zuweisungen und Zuschüsse zur Finanzierung der Anschaffung von Vermögensgegenständen. Der

sonstige Sonderposten wurde insbesondere zur bilanz- und ergebnismäßigen Neutralisierung der Ausgleichsabgabe sowie von Mitteln der Altenpflegeumlage gebildet.

Das Eigenkapital und die Sonderposten betragen zusammen 40 % (im Vorjahr 39 %) der Gesamtbilanzsumme. Zum 31. Dezember 2013 finanzierte das Eigenkapital zusammen mit den Sonderposten insgesamt 53 % (im Vorjahr 54 %) des Anlagevermögens und damit der langfristig gebundenen Vermögenswerte.

Die Rückstellungen von zusammen € 1.033,30 Mio (im Vorjahr € 1.014,43 Mio) entfallen insbesondere mit € 602,64 Mio (im Vorjahr € 594,96 Mio) auf Pensionsverpflichtungen, mit € 195,19 Mio (im Vorjahr € 178,39 Mio) auf offene Vorgänge in den Bereichen der Sozialhilfe, der Kriegsofopferfürsorge und der vorschulischen Bildung, mit € 43,59 Mio (im Vorjahr € 59,67 Mio) auf drohende Verluste sowie mit € 39,99 Mio (im Vorjahr € 42,29 Mio) auf Instandhaltungsmaßnahmen.

Zum 31. Dezember 2013 betragen die Verbindlichkeiten insgesamt € 994,28 Mio (im Vorjahr € 1.021,66 Mio) und betreffen vor allem Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen mit € 465,49 Mio (im Vorjahr € 503,17 Mio) sowie Verbindlichkeiten aus Transferleistungen mit € 339,81 Mio (im Vorjahr € 357,88 Mio). Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich mit € 642,06 Mio (im Vorjahr € 632,79 Mio) um kurzfristige Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr sowie mit € 352,22 Mio (im Vorjahr € 388,87 Mio) um mittel- und langfristige Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als einem Jahr. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen wurden insbesondere aufgrund planmäßiger Tilgungsleistungen zurückgeführt.

Die **Schuldengesamtlage** wird zum Bilanzstichtag maßgeblich durch das Fremdkapital, bestehend aus Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten, bestimmt. Das Fremdkapital hat insgesamt um € 8,94 Mio auf € 2.031,89 Mio abgenommen und beträgt nunmehr 60 % (im Vorjahr 61 %) der Gesamtbilanzsumme.

Über die **Finanzgesamtlage** gibt die nachfolgende Gesamtkapitalflussrechnung Aufschluss:

Gesamtkapitalflussrechnung		
	2013	2012
	€ Mio	€ Mio
Netto-Zahlungsströme aus laufender Verwaltungstätigkeit	97,99	128,31
Netto-Zahlungsströme aus Investitionstätigkeit	-126,12	44,90
Netto-Zahlungsströme aus Finanzierungstätigkeit	-44,12	-60,82
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-72,25	112,39
Anfangsbestand des Finanzmittelfonds zum 1. Januar	425,45	313,06
Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	353,20	425,45

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2013	31.12.2012
	€ Mio	€ Mio
Wertpapiere des Umlaufvermögens	30,20	20,03
Liquide Mittel	323,00	405,42
	353,20	425,45

Die Zahlungsbereitschaft war im Berichtsjahr und danach jederzeit gegeben.

Liquiditätskredite wurden nicht beansprucht, wodurch auch keine entsprechenden Zinsaufwendungen angefallen sind.

3 Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Zwischen dem Gesamtbilanzstichtag und der Aufstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2013 sowie des Gesamtlageberichtes 2013 zum 30. September 2014 sind keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

4 Künftige Geschäftsentwicklung

4.1 Risikomanagementsystem

Zur zielgerichteten Steuerung und Kontrolle von Risiken und Chancen ist beim Landschaftsverband Rheinland ein konzernweites Risikomanagement als dynamisches System eingerichtet, das kontinuierlich entsprechend den aktuellen Gegebenheiten und Erfordernissen weiterentwickelt und angepasst wird.

Maßgebliche Elemente des LVR-weiten Risikomanagementsystems sind, neben einem angemessenen Berichtswesen, insbesondere die installierten

- Controllingsysteme,
- Risikofrüherkennungssysteme und
- Interne Überwachungssysteme.

Im Rahmen der konzernweit ausgerichteten **Controllingsysteme** werden operative Controllingaufgaben grundsätzlich in den Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung sowie in allen verselbstständigten Aufgabenbereichen wahrgenommen.

Bei der Kernverwaltung werden operative Controllingaktivitäten dezentral in den einzelnen Dezernaten sowie zentral von dem LVR-Dezernat „Finanz- und Immobilienmanagement“ und hier speziell vom LVR-Fachbereich „Finanzmanagement“ durchgeführt. Die Grundlage hierzu bildet eine auf den Produkthaushalt ausgerichtete Kostenarten- und Kostenstellenrechnung. Darauf basiert ein periodisches kennzahlenorientiertes Berichtswesen für den Verwaltungsvorstand und die politische Vertretung. Darüber hinaus erfolgen systematische Untersuchungen von Planabweichungen im Rahmen der Haushaltsprognose auf das voraussichtliche Ergebnis sowie im Zusammenhang mit den monatlichen dezentralen Budgetbestätigungen für die im Haushalt abgebildeten Produktgruppen. Des Weiteren werden im LVR-Fachbereich „Finanzmanagement“ regelmäßig Statusberichte für den Verwaltungsvorstand und die politische Vertretung erstellt, in denen die Haushaltsplanwerte mit den Ist-Werten verglichen und analysiert werden.

Im Zusammenhang mit der Steuerung und Kontrolle der Chancen und Risiken in den verselbstständigten Aufgabenbereichen nimmt das Beteiligungscontrolling des LVR eine

zentrale Stellung ein. Die Aufgaben des Beteiligungscontrollings werden in der Kernverwaltung vom LVR-Fachbereich „Finanzmanagement“ im LVR-Dezernat „Finanz- und Immobilienmanagement“ wahrgenommen. Die Aufgabenstellung des Beteiligungscontrollings beim LVR betrifft insbesondere die

- Formulierung der Ziele, die mit der Beteiligung angestrebt werden,
- Einbindung der Beteiligungsziele in die Gesamtzielstruktur des LVR,
- Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung und
- Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsrechtlicher Pflichten sowie der öffentlichen Zwecksetzung.

Das Beteiligungscontrolling unterrichtet den Verwaltungsvorstand und die politische Vertretung über die aktuelle Geschäftsentwicklung sowie die Ziel- und Aufgabenentwicklung bei den verselbstständigten Aufgabenbereichen im Rahmen einer quartalsweisen Standardberichterstattung sowie anhand von Abweichungs- bzw. Bedarfsberichten und des jährlichen LVR-Beteiligungsberichtes.

In den verselbstständigten Aufgabenbereichen werden im Rahmen des dezentralen Controllings insbesondere die Wirtschaftsplanansätze den Ist-Werten regelmäßig gegenübergestellt und ausgewertet. Dabei auftretende Planabweichungen werden analysiert. Über die aktuelle Geschäfts- und Aufgabenentwicklung werden das Beteiligungscontrolling der Kernverwaltung und die einrichtungsbezogenen Aufsichtsgremien kontinuierlich in Form von Zwischenberichten, Jahresabschlüssen und Geschäftsberichten unterrichtet. Durch die Mitarbeit von Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes und der politischen Vertretung in den Aufsichtsgremien der verselbstständigten Einrichtungen ist auch der notwendige Informationsfluss innerhalb des Konzerns gewährleistet.

Die konzernweit ausgerichteten **Risikofrüherkennungssysteme** werden bei der LVR-Direktorin organisatorisch angesiedelten Stabsstelle „Koordination der Gesamtsteuerung, Strategisches Controlling“ zusammengeführt.

Die den Geschäftsfeldern des LVR innewohnenden Risiken und Chancen werden von den einzelnen Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung sowie von den verselbstständigten Aufgabenträgern anhand gebildeter LVR-interner und LVR-externer Beobachtungsbereiche ermittelt sowie hinsichtlich Ausmaß und Eintrittswahrscheinlich-

keit bewertet. In diesem Zusammenhang wird in den Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Risikofrüherkennungssysteme ab 2014 mit dem Aufbau eines Geschäftsprozessmanagements begonnen. Die verselbstständigten Aufgabenträger melden die von ihnen ermittelten Risiken und Chancen regelmäßig auf der Grundlage der konzerninternen Berichterstattung an das für sie zuständige Dezernat der Kernverwaltung bzw. an das Beteiligungscontrolling, die anschließend ihrerseits diese Risiken und Chancen auswerten und beurteilen.

Im Rahmen eines standardisierten Berichtswesens werden die wesentlichen Risiken und Chancen unter Angabe von geeigneten Steuerungs- bzw. Gegenmaßnahmen von der Stabsstelle bei den einzelnen Fach- und Querschnittsdezernaten der Kernverwaltung abgefragt. Anschließend werden die wesentlichen Risiken und Chancen sowie die entwickelten Steuerungs- bzw. Gegenmaßnahmen von der Stabsstelle für den Verwaltungsvorstand unter Berücksichtigung der besonderen LVR-Belange aufbereitet und an diesen weitergeleitet. Ad-hoc auftretende Risikopositionen werden mittels entsprechender Bedarfsberichte an die zuständigen LVR-Dezernent/Innen gemeldet, die diese Sachverhalte zeitnah in den Verwaltungsvorstand einbringen. Der Themenkomplex „Risikomonitoring“ wird von dem Verwaltungsvorstand regelmäßig bei seinen Sitzungen behandelt, so dass auch ad-hoc auftretende Risikosituationen umgehend behandelt werden können.

Im Rahmen des **Internen Überwachungssystems** werden die implementierten internen Kontrollsysteme in den Geschäftsprozessen der Kernverwaltung sowie in den verselbstständigten Aufgabenbereichen durch den LVR-Fachbereich „Rechnungsprüfung“, im Rahmen der gesetzlichen Haushalts- und Finanzkontrolle, und die LVR-Abteilung „Innenrevision“ kontinuierlich sowie durch die jeweiligen Abschlussprüfer der Einrichtungen jährlich überprüft. Dadurch sollen Risiken, die aus fehlenden bzw. nicht funktionsfähigen internen Kontrollsystemen entstehen könnten, ermittelt werden, um geeignete Gegenmaßnahmen entwickeln zu können. Über die Prüfungsfeststellungen werden die LVR-Direktorin bzw. die Betriebs- und Geschäftsleitungen der verselbstständigten Einrichtungen sowie die betroffenen Organisationseinheiten der Kernverwaltung und der verselbstständigten Einrichtungen unterrichtet.

4.2 Risiken und Chancen

Die Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des LVR werden vor allem durch strukturelle, politische, finanzielle, demografische und technische Belange bestimmt. Vor diesem Hintergrund werden nachfolgend, die sich gegenwärtig auf der Grundlage des Risikomanagementsystems im Konzern abzeichnenden maßgeblichen Risikopositionen für die kommenden Haushaltsjahre aufgezeigt.

Strukturelle Risiken

Die jährliche Festsetzung des von den Mitgliedskörperschaften zu erhebenden Umlagesatzes erfolgt grundsätzlich unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebotes bei gleichzeitiger Sicherstellung der nachhaltigen Leistungsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen Erfordernisse des LVR. Insbesondere vor dem Hintergrund der zumeist angespannten Haushaltssituation der Mitgliedskommunen kann, unter Beachtung von finanzwirtschaftlichen Notwendigkeiten beim LVR, die zukünftige Entwicklung des Umlagesatzes ein Akzeptanzrisiko für den LVR darstellen.

In diesem Zusammenhang ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass der Hebesatz maßgeblich durch die Höhe der Umlagegrundlagen bestimmt wird, die dem LVR durch das Land Nordrhein-Westfalen übermittelt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umlagegrundlagen maßgeblich durch die konjunkturelle Wirtschaftslage und dem damit verbundenen Steueraufkommen beeinflusst werden. Liegen zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung der Kernverwaltung die endgültigen Umlagegrundlagen noch nicht vor, muss der Umlagesatz auf der Grundlage von Schätzwerten bzw. vorläufigen Angaben ermittelt werden. Sollten die endgültigen Umlagegrundlagen zu einem höheren Umlagesatz als in dem Haushaltsplanentwurf führen, besteht das Risiko, dass die politische Vertretung trotzallem den vorgelegten Haushaltsplanentwurf mit dem niedrigeren Umlagesatz verabschiedet. Bei einer Haushaltsplanunterdeckung kann dies zu einem weiteren Eigenkapitalverzehr führen.

Die aktuelle Debatte zur möglichen Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen offenbart ebenfalls Risikopositionen für den LVR. In diesem Zusammenhang wird u.a. diskutiert, die fiktiven Hebesätze bei der Steuerkraftbemessung zu senken, wodurch die Umlagegrundlagen absinken würden und somit bei gleichbleibenden Umlagesätzen entsprechende Ertragsminderungen beim LVR eintreten würden.

Eine weitere Risikoposition ergibt sich aus anhängigen Klageverfahren von nordrhein-westfälischen Kommunen gegen das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014.

Aufgabenstellungen, die dem LVR vor der Einführung der Konnexitätsrelevanz übertragen wurden, erfordern insbesondere in arbeitsintensiven Bereichen (bspw. im Bereich des Integrationsamtes und der Kriegsofferfürsorge), teilweise einen aufgabenbezogen kontinuierlich ansteigenden Personaleinsatz, ohne dass dafür ein finanzieller oder personeller Ausgleich durch Dritte gewährt wird, wodurch entsprechende Haushaltsbelastungen entstehen.

Weitere strukturelle Risiken ergeben sich vor allem aus den Gewährträgerschaften des LVR. Die Risiken aus der Gewährträgerschaft an der Provinzial Rheinland Holding AöR sind systemimmanent und beziehen sich auf die Haftungsinstitute Gewährträgerhaftung und Anstaltslast. Darüber hinaus besteht auch weiterhin eine Gewährträgerhaftung für bestimmte bis 2005 eingegangene Geschäfte der ehemaligen WestLB AG (seit 2012 Portigon AG), obwohl der LVR im Jahr 2012 als Aktionär ausgeschieden ist. Für die übrigen Beteiligungen des LVR besteht ein allgemeines Beteiligungsrisiko. Bei der Beteiligung an der RWE AG ergibt sich zudem ein Marktpreisrisiko, das aus der aktuellen Unsicherheit über Kursveränderungen an den Finanzmärkten resultiert.

Politische Risiken

Die Risikopositionen betreffen insbesondere einschlägige politische Themenstellungen in den Aufgabenbereichen „Jugend“, „Schule“, „Soziales und Integration“ sowie „Kultur und Umwelt“.

In dem Bereich „Jugend“ ergeben sich im Zusammenhang mit der politisch angestrebten Inklusion von Kindern mit Behinderung, dem Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern mit Behinderung sowie der Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zukünftig voraussichtlich ein erhebliches Aufgabenwachstum bei gleichzeitig steigenden Förderfällen mit zusätzlichen Personalbedarfen und damit einhergehenden Kosten- und Kapazitätsrisiken. Kostensteigerungen und Beibehaltung der qualitativ hochwertigen Aufgabenerfüllung bei einer gleichzeitig abnehmenden Finanzkraft des kommunalen Sektors stellen eine enorme Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund

werden insbesondere die Entwicklung neuer Konzepte für anfragestarke Bedarfe, die Modifizierung aktuell bestehender Kostenstrukturen sowie die Ausweitung ambulanter Angebote seitens des LVR angestrebt.

Im Zusammenhang mit dem angestrebten Abschluss eines Rahmenvertrages für die Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen wird neben einer höheren Auslastungsquote auch eine Verschiebung der Platzzahlen vom Intensiv- zum Regelangebot erwartet. Durch die vermehrte Pauschalierung von Leistungen in vielen Bereichen wird eine Refinanzierung der anfallenden Kosten nur noch eingeschränkt möglich sein. Vor diesem Hintergrund gilt es, durch die Entwicklung von zukunftsorientierten Konzepten angemessen gegenzusteuern.

Für den Aufgabenbereich der „Schulen“ ergeben sich vor allem Risikopositionen vor dem Hintergrund der Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung durch die Bundesregierung sowie der Wahlfreiheit der Eltern im Rahmen der schulischen Inklusion. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der UN-Konvention wurden im Rahmen des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen die Regelungen zur Mindestgröße von Förderschulen und Schulen für Kranke, basierend auf Schülerzahlen, wesentlich geändert. Die Schülerzahlen in den LVR-Schulen liegen bislang oberhalb der festgelegten Mindestgrößen. Die Wahlfreiheit der Eltern im Rahmen der schulischen Inklusion beeinflusst die Schülerzahlen in den LVR-Förderschulen und hat damit auch Auswirkungen auf die angemessene sachliche und personelle Ausstattung der Förderschulen. Die Auswirkungen des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes hinsichtlich „Elternwille“ und „Ausbau des inklusiven Schulsystems“ können gegenwärtig noch nicht abschließend eingewertet werden.

In dem Aufgabenbereich „Soziales und Integration“ wurde bislang die vom Gesetzgeber angekündigte Novellierung des Landespflegegesetzes, die voraussichtlich zu einer Haushaltsentlastung führen könnte, noch nicht umgesetzt.

Darüber hinaus soll bei den Kommunen eine Haushaltsentlastung hinsichtlich der Eingliederungshilfe im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes angestrebt werden. Sofern diese Entlastung allerdings durch eine Anhebung, der auf die Kommunen entfallenden Steueranteile erfolgen soll, würde keine unmittelbare Entlastung der Landschaftsverbände entstehen.

Ein erhebliches Risikopotenzial besteht unverändert aufgrund der progressiv ansteigenden Fallzahlen. Dabei ist auch die einschlägige Rechtsprechung oberster Gerichte zu Leistungen im Rahmen der Betreuung von psychisch behinderten Kindern und Jugendlichen in Jugendhilfeeinrichtungen, bei denen gleichzeitig eine geistige Behinderung vorliegt, zu berücksichtigen, wonach in diesen Fällen die Landschaftsverbände für die Betreuungskosten zuständig sind.

Im Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgabenstellungen der ehemaligen Versorgungsämter durch den LVR konnte zwar eine Anpassung der vom Land Nordrhein-Westfalen gewährten Vergütungspauschalen erzielt werden. Trotzdem werden aber auch zukünftig erhebliche Belastungen mit der Aufgabenübertragung verbunden sein.

Im Bereich „Kultur und Umwelt“ werden zunehmend, insbesondere durch die angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliedskommunen sowie der rückläufigen Förderung durch Stiftungen, Unterstützungsleistungen nachgefragt. Darüber hinaus werden Erweiterungen der kulturellen Netzwerktätigkeit zusätzliche projektbezogene Transfermittel erfordern, die den LVR-Haushalt weiter belasten werden.

Allgemeine politische Risiken ergeben sich für den LVR vor allem hinsichtlich der Revision des EU-Beihilferechts sowie hinsichtlich der Ausgestaltung der EU-Fördermittelperiode 2014 bis 2020, wodurch sich die Förderprioritäten in den neuen Programmen verschieben könnten, und somit bisherige Förderungen zukünftig geringere Realisationschancen haben könnten.

Finanzielle Risiken

Mit der Einführung eines neuen Vergütungssystems für den KHG-Bereich in der Psychiatrie ab dem Jahr 2015 wird eine Anpassung des alten Vergütungsniveaus an die neuen Tagespauschalen vorgenommen. Danach sind im Rahmen der Leistungsabrechnung sog. Verweildauergruppen vorgesehen. Dabei nimmt die tagesdurchschnittliche Vergütung mit zunehmender Verweildauer ab. Daraus ergibt sich das Risiko, dass lange Verweildauern, wie sie bei schweren psychiatrischen Erkrankungen häufig vorkommen, nicht mehr sachgerecht vergütet werden. Die hieraus erwachsenden finanziellen

Auswirkungen sind derzeit nur schwer abschätzbar. Zur Absicherung des bisherigen Erlösniveaus wurden bereits zahlreiche Maßnahmen LVR-seitig entwickelt.

Im Bereich der Heilpädagogischen Hilfen sind im Zusammenhang mit der Realisierung der Inklusionsgrundsätze strukturelle und quantitative Veränderungen in den Geschäftsbereichen zu erwarten. Zur Vermeidung damit verbundener Einnahmeausfälle sind umfangreiche Struktur- und Prozessoptimierungen notwendig.

Im Zusammenhang mit der Rechtsprechung zur Kostentragungspflicht bei archäologischen Ausgrabungen ergeben sich im Bereich der Bodendenkmalpflege finanzielle Risikopositionen. Danach müssten die Kosten zur Sicherung von Bodendenkmälern, nicht von den Veranlassern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Vor diesem Hintergrund hat der Landesgesetzgeber in 2013 eine entsprechende Gesetzesinitiative ergriffen, und das Verursachungsprinzip gesetzlich verankert. Für Altfälle besteht jedoch weiterhin die Gefahr, dass Erstattungsansprüche gegenüber dem LVR geltend gemacht werden könnten.

Demografische Risiken

In dem Aufgabenbereich „Soziales und Integration“ sowie in anderen Aufgabenbereichen werden die Anzahl der leistungsberechtigten Personen aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zunehmen und damit zu einem kontinuierlich wachsenden Mehraufwand führen. Der LVR versucht in den Entgeltverhandlungen die Verantwortung aller beteiligten Akteure einzufordern und gemeinsam kostengünstigere Leistungs- und Entgeltstrukturen zu entwickeln.

LVR-weit droht aufgrund des zukünftig altersbedingten Ausscheidens zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Fachkräftemangel, der ein nicht unerhebliches Risiko für die quantitative und qualitative Leistungserbringung des LVR darstellt. Vor diesem Hintergrund hat der LVR als moderner Arbeitgeber zahlreiche Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung von qualifizierten MitarbeiterInnen und zur weiteren Attraktivitätssteigerung eingeleitet.

Technische Risiken

Die Risikoposition betrifft vor allem einen möglichen zeitweisen Ausfall der eingesetzten IT-Systeme aufgrund einer auftretenden Störung in einem der betriebenen Rechenzentren. Zur Minimierung der vorstehenden Risiken wurde, gemeinsam mit der Stadt Köln, ein neues Rechenzentrum entsprechend den aktuellen technischen und sicherheitstechnischen Anforderungen errichtet und im vierten Quartal 2011 in Betrieb genommen.

Chancen für den LVR

Die Veränderungen von bestehenden Rahmenbedingungen können, bei einer kritischen Reflexion von Vorgaben und Prozessabläufen, neben den vorstehend aufgeführten Risiken im Einzelfall auch Chancen für den LVR beinhalten.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs hat der LVR mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) gegenüber dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen eine Stellungnahme zu dem einschlägigen Gutachten des Finanzwirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln verfasst. Darin haben sich die beiden Landschaftsverbände u.a. für einen zeitnahen Einstieg in eine sukzessive Anhebung der Teilschlüsselmassen für kommunale Umlageverbände ausgesprochen. Des Weiteren wurde verdeutlicht, dass eine mögliche Absenkung der fiktiven Hebesätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer gravierende Auswirkungen auf die Höhe der Umlagegrundlagen der Landschaftsverbände haben und zu einer Anhebung der Hebesätze für die Landschaftsumlage führen würde und somit von den jeweiligen Mitgliedskörperschaften zu tragen wäre.

Im Zusammenhang mit dem Einheitslastenabrechnungsgesetz haben sich die beiden Landschaftsverbände gemeinsam mit dem Landkreistag Nordrhein-Westfalen dafür eingesetzt, dass den Umlageverbänden durch Gesetz die Möglichkeit eingeräumt wurde, die nicht durch Risikovorsorgen gedeckten Belastungen für die Jahre 2009 bis 2011 wahlweise durch die Erhebung einer Bedarfsumlage in den Jahren 2013 oder 2014 auf die Umlagepflichtigen umlegen zu können.

Der LVR ist bestrebt seine Leistungen in den Aufgabenbereichen „Jugend“, „Schule“, „Soziales und Integration“ sowie „Verbund Heilpädagogische Hilfen“ möglichst daran

auszurichten, dass die individuell bestehenden Beeinträchtigungen an der Teilhabefähigkeit überwunden werden, um somit die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft zu fördern und diese möglichst unabhängig von Unterstützungsleistungen werden zu lassen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere der aufgabenübergreifende Themenkomplex „UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ zu nennen. Das Engagement des LVR erstreckt sich hierbei vor allem auf die Bereiche

- der Inklusion von Kindern mit Behinderung im Rahmen der Elementarbildung,
- den Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern mit Behinderung,
- die Unterstützung der Integration von behinderten Kindern an Regelschulen,
- die Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt,
- die Förderung inklusiver Wohnformen,
- die Mitwirkung an der Schaffung eines inklusiven Sozialraums sowie
- die Erarbeitung eines ersten Sachstandberichtes zur Umsetzung der vorstehenden UN-Konvention für das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Im Bereich Jugend hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einen Entwurf zum neuen Kinder- und Jugendförderplan veröffentlicht. Damit sind für die nächsten fünf Jahre die Zuwendungen für die öffentlichen und freien Träger der Jugendarbeit sowie die vom Land finanzierten Fachberaterstellen gesichert.

Im Rahmen der strukturellen und fachlichen Weiterentwicklung und Steuerung haben die beiden Landschaftsverbände und die Träger der freien Wohlfahrtspflege zur Sicherung der Leistungen der Eingliederungshilfe für den Bereich Wohnen die Zielvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW sichern“ getroffen. Dabei wurden Ziele und Maßnahmen vereinbart, die mittel- und langfristig zur Dämpfung des Kostenanstiegs in der Eingliederungshilfe beitragen.

In dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien in Nordrhein-Westfalen wurde festgelegt, dass in einem Ausführungsgesetz zum SGB XII die Zuständigkeit der beiden Landschaftsverbände für alle stationären und ambulanten Leistungen der Eingliederungshilfe im Bereich Wohnen dauerhaft verankert werden sollen. Dadurch kann der

LVR den Umsteuerungsprozess „ambulant vor stationär“ sowie die regionale Vernetzung und Einbettung der Betreuungsangebote mit dem Ziel der Schaffung eines inklusiven Sozialraumes weiter vorantreiben.

Vor dem Hintergrund einer im Einzelfall schwierigen Vermarktung von betriebsbedingt nicht mehr benötigten Immobilien beabsichtigt der LVR zukünftig auch vermehrt den Abschluss von Erbpachtverträgen in Erwägung zu ziehen. Vorteilhaft ist dabei, dass der LVR weiterhin Eigentümer der Liegenschaft bleibt, während der Pächter die Gebäudeunterhaltung und –instandhaltung übernimmt.

Im Zusammenhang mit den umfangreichen Investitionsmaßnahmen im Bereich der LVR-Kliniken wird zukünftig angestrebt, im Rahmen einer vorausschauenden Ziel- und Liegenschaftsplanung auch verstärkt Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Verwertung von freigezogenen Flächen zu berücksichtigen.

Der bevorstehende demografische Wandel bietet interne und externe Möglichkeiten zur Profilschärfung des LVR als attraktiver Arbeitgeber. Durch eine kontinuierliche Anpassung der Fortbildungs- und Personalentwicklungskonzeptionen an den aktuellen Bedarf kann die Qualität der Aufgabenerledigung weiter gesteigert werden.

4.3 Ausblick

Vor dem Hintergrund der abzusehenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung sowie zur Sicherstellung seiner dauerhaften Leistungsfähigkeit hat der LVR bereits im Frühjahr 2010 Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Volumen von insgesamt € 190 Mio für die Jahre 2011 bis 2013 eingeleitet.

Bei einer weiterhin unbefriedigenden wirtschaftlichen Entwicklung wird der begonnene Konsolidierungsprozess auch in den Jahren 2014 bis 2016 fortgeführt. Für diesen Zeitraum wurden daher weitere Konsolidierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von € 103,9 Mio entwickelt.

Bei der Planung des Kernhaushaltes 2014, der unverändert die wirtschaftliche Gesamtentwicklung des LVR maßgeblich beeinflusst, wurde die vorstehende Konsolidierungsvorgabe mit € 9,3 Mio berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der bestehenden Dynamik, insbesondere in den sozialen Leistungsbereichen, die durch ihr Volumen den

LVR-Haushalt maßgeblich beeinflussen, konnte trotz einer positiven Entwicklung der Umlagegrundlagen, eine wertmäßige Umsetzung der Konsolidierungsvorgaben nicht vollständig erreicht werden.

Im Rahmen der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wurde der Umlagesatz für das Haushaltsjahr 2014 um 0,2766 Prozentpunkte auf 16,3734 Prozentpunkte vermindert. Der dadurch erzielte Ertrag aus der Landschaftsumlage beträgt € 2.345,4 Mio. Gemessen am geplanten Gesamtertrag des Kernhaushaltes 2014 macht die Landschaftsumlage somit etwa 66,6 % aus. Zusammen mit den Planerträgen aus Schlüsselzuweisungen von € 340,3 Mio werden somit bereits 76,2 % der geplanten Gesamterträge des Kernhaushaltes 2014 erreicht.

Die Planaufwendungen des Kernhaushaltes 2014 werden weiterhin vor allem durch soziale Transferleistungen bestimmt. In diesem Zusammenhang dominieren insbesondere geplante Leistungen für Menschen mit Behinderungen (einschließlich der vorschulischen Bildung), pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten von zusammen € 2.602 Mio.

Dabei ist der Leistungsbereich stationäres Wohnen, gemessen am geplanten Gesamtaufwand der Leistungen für Menschen mit Behinderungen, mit € 1.170 Mio die größte Transferaufwandsart. Dieser Leistungsbereich ist geprägt durch den Umstand, dass die Menschen im Rheinland einen verbrieften Leistungsanspruch nach dem Sozialgesetzbuch besitzen. In diesem Zusammenhang stellt sich somit nicht die Frage, ob Hilfeleistungen zu gewähren sind, sondern allenfalls wie diese Hilfeleistungen gestaltet werden können. Vor diesem Hintergrund verfolgt der LVR weiterhin das Ziel, die vergleichsweise kostengünstigeren ambulanten Leistungsangebote zu verstärken, um langfristig stationäre Leistungen abbauen zu können. Der LVR als überörtlicher Sozialleistungsträger sieht hierin die einzige Möglichkeit, den steten Kostenanstieg für gesetzlich verankerte Sozialleistungen zu verlangsamen. Darüber hinaus ermöglicht das betreute Wohnen für den Leistungsempfänger eine ortsnahe Betreuung und sichert in aller Regel seine bestehenden sozialen Kontakte.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden vor allem aufgrund von Tarif- und Besoldungserhöhungen, höheren Rückstellungen sowie im Zusammenhang mit der Umsetzung von politischen Beschlusslagen, bspw. im Rahmen der Inklusionsbestrebungen, ansteigen.

Insgesamt wird im Kernhaushalt 2014 mit einem Jahresfehlbetrag von rund € 0,098 Mio gerechnet.

Im Rahmen der Finanzplanung des Kernhaushaltes 2014 wird ein Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von € 5,6 Mio erwartet. Dieser setzt sich zusammen aus einem Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von € 17,5 Mio, einem Finanzmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit von € 11,7 Mio und einem Finanzmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit von € 11,4 Mio.

Die geplanten Investitionen betreffen in 2014 im Wesentlichen mit € 14,2 Mio Baumaßnahmen in den Bereichen des LVR-Archäologischer Park Xanten und der LVR-Zentralverwaltung. Bei den LVR-Kliniken besteht ein aktueller Investitionsbedarf in Höhe von rund € 492 Mio, für den ein Investitionsprogramm bis zum Jahr 2020 aufgestellt wurde. Das Investitionsprogramm wird insbesondere aus Eigenmitteln der LVR-Kliniken, aus Mitteln des Zukunftsinvestitionsgesetzes, aus Landesmitteln und aus Darlehensaufnahmen finanziert.

5 Sonstige Angaben

Die gesetzlichen Angaben zu den Mitgliedern der Landschaftsversammlung und des Verwaltungsvorstandes sind dem Gesamtlagebericht als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

Landschaftsverband Rheinland

Anlage 1 zum Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2013

Aufstellung der Mitglieder der
Landschaftsversammlung, Gremien



Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Dr. Ammermann, Gert	CDU	Oberkreisdirektor a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss
Baukelmann, Ute	CDU	Angestellte	
Böcker, Annelies	CDU	Kauffrau	
Boss, Frank	CDU	Fraktionsgeschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Delegiertenversammlung
Bündgens, Willi	CDU	Immobilienmakler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II - Kuratorium ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Decker, Ruth	CDU	Kauffrau	
Diekmann, Klaus	CDU	Diplom-Ingenieur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium
Donix, Michael	CDU	Dipl. Sozialpädagoge	
Einmahl, Rolf	CDU	Rechtsanwalt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied] ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung
Dr. Elster, Ralph	CDU	Unternehmensberater	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH - Aufsichtsrat
Ensmann, Bernhard	CDU	Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Feilen, Hans-Peter	CDU	Beamter a.D.	
Fenninger, Georg	CDU	Fraktionsgeschäftsführer	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Hartmann, Rainer	CDU	Rentner	▪ Stiftung Leder- und Gerbermuseum Mülheim an der Ruhr - Kuratorium
Hemkens, Wolfgang	CDU	Lehrer	▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]
Hendele, Thomas	CDU	Landrat	▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Henk-Hollstein, Anna	CDU	Kauffrau	
Hohl, Peter	CDU	Lehrer a.D.	▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat ▪ Zweckverband Grunderwerb CUT in Xanten - Koordinierungsausschuss [stellvertretendes Mitglied]
Ibe, Peter	CDU	Geschäftsführer	
Jülich, Urban-Josef	CDU	Landwirt	▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Krebs, Bernd	CDU	Rentner	▪ Bürgerstiftung für verfemte Künste - Stiftungsrat
Kuckelkorn, Günter	CDU	Rentner	▪ Energeticon gemeinnützige GmbH – Gesellschafterversammlung ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH – Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Kühme, Karl-Friedrich	CDU	Sonderschulrektor	▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Dr. Leonards-Schippers, Christiane	CDU	Notariatsangestellte	
Loepp, Helga	CDU	Industriekauffrau	▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Lohe, Hans-Georg	CDU	Beigeordneter	
Meies, Fritz	CDU	Rektor a.D.	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Nabbefeld, Michael	CDU	Krankenkassenbetriebswirt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Kuratorium ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Zweckverband Grunderwerb CUT in Xanten - Koordinierungsausschuss
Nagels, Hans-Jürgen	CDU	Dipl. Ing.; Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]
Natus-Can M.A., Astrid	CDU	Politikwissenschaftlerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfemte Künste - Stiftungsrat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Naumann, Jochen	CDU	Rentner	
Overmans M.A., Christiane	CDU	Tagungsorganisatorin	
Pantel, Sylvia	CDU	Kauffrau	
Prof. Patt, Dieter	CDU	Landrat a.D., Künstler, Berater	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied]
Prof. Dr. Peters, Leo	CDU	Kulturdezernent a.D.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben+Kunst - Sammlung Tillmann - Kuratorium
Petrauschke, Hans-Jürgen	CDU	Landrat	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Rohde, Klaus	CDU	Sonderschulrektor	▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat
Schavier, Karl	CDU	Dipl.-Wirt.-Ing.	▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur
Schittges, Winfried	CDU	Diplom-Betriebswirt	▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Gewährträgersversammlung ▪ PROVINZIAL Rheinland Lebensversicherung AG - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU	Studienrat	
Schönberger, Frank	CDU	Rechtsanwalt	
Simon, Bernhard	CDU	Dipl. Verwaltungswirt	
Solf, Michael-Ezzo	CDU	Studiendirektor a.D.	▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur
Sonntag, Ullrich	CDU	Geschäftsführer	
Stefer, Michael	CDU	Polizeibeamter	▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat
Stricker, Günter	CDU	Immobilienwirt	▪ Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat
Tondorf, Bernd	CDU	Sonderschulrektor i.R.	▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rheinischer Blindenfürsorgeverein 1886 Düren - Beirat

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Tschepe, Heidemarie	CDU	Industriekauffrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Max Ernst - Stiftungsrat ▪ Stiftung Keramion-Zentrum für moderne + historische Keramik Frechen- Stiftungsrat ▪ Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler - Stiftungsrat
Verweyen, Inge	CDU	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand
Wöber-Servaes, Sylvia	CDU	kfm. Angestellte	
Wörmann, Josef	CDU	Geschäftsführer	
Zimball, Wolfgang	CDU	Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Bacher, Götz	SPD	Rentner	
Banemann, Jörg	SPD	Betriebsleiter	
Berten, Monika	SPD	Kinderkrankenschwester	
Bosbach, Wolfgang	SPD	Bildungsreferent	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Region Köln/Bonn e.V. - Mitgliederversammlung
Ciesla-Baier, Dietmar	SPD	Verkehrsfachwirt	
Daun, Dorothee	SPD	Richterin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfemte Künste - Stiftungsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand
Franz, Michael	SPD	techn. Angestellter	
Gabriel, Joachim Günther	SPD	techn. Support	
Glitza, Raimund	SPD	Verwaltungsfach-angestellter	
Hergarten, Winfried	SPD	Rektor i.R.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Hilbert, Petra	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Holzhauer, Albert	SPD	Pensionär	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Gesellschafterversammlung ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat ▪ Zweckverband Grunderwerb CUT in Xanten - Koordinierungsausschuss [stellvertretendes Mitglied]
Joebges, Heinz	SPD	Polizeibeamter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben+Kunst - Sammlung Tillmann - Kuratorium
Kaiser, Manfred	SPD	Rentner	
Kaske, Axel	SPD	Kaufmann	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur
Kiehlmann, Peter	SPD	Verwaltungsangestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Kuratorium
Klein, Wilfried	SPD	Lehrer	
Dr. Klose, Hans	SPD	Rektor i.R.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zweckverband Grunderwerb CUT in Xanten - Koordinierungsausschuss
Kösling, Klaus	SPD	Kfm. Angestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Latak, Helmut	SPD	Sozialarbeiter grad.	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung "Das Deutsche Glasmalerei-Museum in Linnich" - Kuratorium
Lüngen, Ilse	SPD	Sozialwissenschaftlerin/ Rentnerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat ▪ EUREGIO Rhein-Waal - Ausschuss für Wirtschaft ▪ EUREGIO Rhein-Waal - Ausschuss für grenzüberschreitende Verständigung
Mahler, Ursula	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Nottebohm, Doris	SPD	Ernährungsberaterin	
Nüse, Theodor	SPD	Rentner	
Recki, Gerda	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Illustration - Kuratorium
Prof. Dr. Rolle, Jürgen	SPD	Pensionär	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Gewährträgersammlung ▪ PROVINZIAL Rheinland Lebensversicherung AG - Aufsichtsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Gesundheitsregion KölnBonn e.V. (HealthRegion CologneBonn) - Senat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Keramion-Zentrum für moderne + historische Keramik Frechen- Stiftungsrat ▪ Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler - Stiftungsrat ▪ Stiftung Kunstfonds zur Förderung der zeitgenössischen bildenden Kunst - Beirat für das Archiv für Künstlernachlässe ▪ Stiftung Beethoven-Haus Bonn - Kuratorium
Schmerbach, Cornelia	SPD	Geschäftsführerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Schnitzler, Stephan	SPD	Diplom-Sozialwissenschaftler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Neanderthal-Museum - Stiftungsrat

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Schulz, Margret	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung des Museums für Industrie-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Region Aachen in Stolberg, Zinkhütter Hof - Stiftungskuratorium -
Schulz, Ursula	SPD	Journalistin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Servos, Gertrud	SPD	Psychologin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Schloss Dyck - Kuratorium
Soloeh, Barbara	SPD	Bankkauffrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur - Kuratorium
Spieß, Hanns-Jürgen	SPD	Diplom-Designer/Maler	
Walter, Karl-Heinz	SPD	Qualitätsmanager	
Weiden-Luffy, Nicole-Susanne	SPD	Hausfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II - Kuratorium
Wietelmann, Margarete	SPD	Verwaltungsbeamtin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Leder- und Gerbermuseum Mülheim an der Ruhr - Kuratorium

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Prof. Dr. Wilhelm, Jürgen	SPD	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ RWE AG - Beirat ▪ RWE AG - Hauptversammlung ▪ Verband der kommunalen Aktionäre der RWE AG, GmbH (VKA) - Gesellschafterversammlung ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Gesellschafterversammlung ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ Freundeskreis Abtei Brauweiler e.V. - Kuratorium ▪ Stiftung Max Ernst – Vorstand ▪ Max Ernst GmbH - Gesellschafterversammlung
Wucherpfennig, Brigitte	SPD	Chemielaborantin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]
Zepunkte, Klaudia	SPD	Gemeindeschwester	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Schloss und Park Benrath - Kuratorium
Bahr, Lorenz	GRÜNE	Geschäftsführer	
Barion, Katrin	GRÜNE	Werbefachfrau	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH - Aufsichtsrat
Beck, Corinna	GRÜNE	Dipl. Psychologin / Geschäftsführerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung "Das Deutsche Glasmalerei-Museum in Linnich" - Kuratorium [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]
Beisenherz-Galas, Renate	GRÜNE	Studienrätin a.D.; stellv. Bürgermeisterin	

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Beu, Rolf Gerd	GRÜNE	Sozialberater	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Beirat der Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur [stellvertretendes Mitglied]
Bortlitz-Dickhoff, Johannes	GRÜNE	Fraktionsgeschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung Max Ernst - Stiftungsrat
Deussen-Dopstadt, Gabi	GRÜNE	Dozentin	
Emmler, Stephan	GRÜNE	Diplom-Rechtspfleger	
Fliß, Rolf	GRÜNE	Kfm. Angestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ RW Holding AG - Hauptversammlung ▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium
Gormanns, Karl	GRÜNE	Lehrer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Stiftungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung DIE SCHEUNE Spinnen/Weben+Kunst - Sammlung Tillmann - Kuratorium
Janicki, Doris	GRÜNE	Lehrerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Stiftung Wilhelm-Lehmbruck-Museum - Kuratorium
Kresse, Martin	GRÜNE	Diplom-Sozialwissenschaftler	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Peil, Stefan	GRÜNE	Pensionär	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Gewährträgersammlung ▪ PROVINZIAL Rheinland Lebensversicherung AG - Aufsichtsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Gesundheitsregion KölnBonn e.V. (HealthRegion CologneBonn) - Mitgliederversammlung ▪ Gesundheitsregion KölnBonn e.V. (HealthRegion CologneBonn) - Erweiterter Vorstand ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat
Peters, Anna	GRÜNE	Fachlehrerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinischer Blindenfürsorgeverein 1886 Düren - Beirat ▪ EUREGIO Rhein-Waal - EUREGIO-Rat [stellvertretendes Mitglied]
Schmitt-Promny M.A., Karin	GRÜNE	Fachberaterin / Prokuristin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II - Kuratorium
Zsack-Möllmann, Martina	GRÜNE	Geschäftsführerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bürgerstiftung für verfemte Künste - Stiftungsrat

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Effertz, Lars Oliver	FDP	Kommunikationsberater	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln - Institutsausschuss [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR – Beirat ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat
Feiter, Stefan	FDP	Verwaltungsfachwirt	
Görtz, Dieter	FDP	Installateurmeister	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung [stellvertretendes Mitglied]
Haupt, Stephan	FDP	Bautechniker	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH - Aufsichtsrat ▪ Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Paßmann, Bernd	FDP	Vertreter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionalrat Düsseldorf ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat ▪ Zweckverband Region Aachen - Verbandsversammlung [beratendes Mitglied] ▪ Bürgerstiftung für verfemte Künste - Vorstand ▪ Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V. - Mitgliederversammlung ▪ Rehabilitationszentrum für neurologisch Geschädigte "Godeshöhe" e.V. - Mitgliederversammlung ▪ Klinikum Oberberg GmbH-Aufsichtsrat ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Delegiertenversammlung ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Präsidium [stellvertretendes Mitglied] ▪ Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Hauptausschuss [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Ruhr Museum-Kuratorium ▪ Stiftung Zollverein - Kuratorium ▪ Stiftung Scheibler Museum Rotes Haus Monschau - Vorstand
Pohl, Mark Stephen	FDP	Ltd. Angestellter	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand [stellvertretendes Mitglied]
Roßbach, Ludwig	FDP	Rentner	<ul style="list-style-type: none"> ▪ vogelsang ip gemeinnützige GmbH - Aufsichtsrat [stellvertretendes Mitglied]

Name, Vorname	Fraktionszugehörigkeit	Beruf	Gremien [Mitgliedschaft]
Runkler, Hans-Otto	FDP	Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> ▪ PROVINZIAL Rheinland Holding - Verwaltungsrat [stellvertretendes Mitglied] ▪ Stiftung Preußen-Museum NRW - Stiftungsrat ▪ Rheinland Kultur GmbH - Aufsichtsrat ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand ▪ Stiftung Max Ernst - Stiftungsrat ▪ Stiftung Zollverein - Stiftungsrat ▪ Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH - Aufsichtsrat ▪ Förderstiftung Museum Kurhaus Kleve - Kuratorium
Dr. Schreiber, Susanna	FDP	Ärztin	
Stachelhaus, Sebastian Thomas	FDP	Versicherungskaufmann	
Dr. Strack-Zimmermann, Marie-Agnes	FDP	Freib. Verlagsrepräsentantin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Beirat
Wallutat, Philipp	FDP	Fraktionsgeschäftsführer	
Wegener, Ralf	FDP	Kaufmann	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Energeticon gemeinnützige GmbH - Gesellschafterversammlung
Detjen, Ulrike	Die Linke.	Geschäftsführerin	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung ▪ Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR - Vorstand
Gabelmann, Sylvia	Die Linke.	Apothekerin	
Groeneveld, Uwe	Die Linke.	Angestellter	
Zierus, Jürgen	Die Linke.	Rentner	
Bayer, Udo	FREIE WÄHLER/DEINE FREUNDE	Beigeordneter a.D.; Geschäftsführer	
Bender, Heinz	FREIE WÄHLER/DEINE FREUNDE	Heim-/Verwaltungsleiter i.R.	
Rehse, Henning	FREIE WÄHLER/DEINE FREUNDE	Chemiker	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rheinland Kultur GmbH - Gesellschafterversammlung
Zimmermann, Thor-Geir	FREIE WÄHLER/DEINE FREUNDE	Angestellter	

Landschaftsverband Rheinland

Anlage 2 zum Gesamtlagebericht zum 31. Dezember 2013

Aufstellung Verwaltungsvorstand, Gremien



Angaben nach § 95 Abs. 2 GO NRW

LVR - Direktorin

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
NRW.BANK	A 1 A 1.1	Beirat der NRW Bank	Persönliche Berufung durch die Ministerpräsidentin NRW
PROVINZIAL Rheinland Holding	A 3 A 3.1 A 3.2 A 3.3 A 3.4	Gewährträgersversammlung Gewährträgerausschuss Verwaltungsrat Prüfungsausschuss (VR) / Bilanzausschuss (GV)	Geborenes Mitglied Geborenes Mitglied Geborenes Mitglied Bildung durch und aus Verwaltungsrat/ Gewährträgersversammlung
PROVINZIAL Rheinland Versicherung AG/ PROVINZIAL Rheinland Lebens- versicherung AG	A 4 A 4.1	je ein Aufsichtsrat	Wahl durch Hauptversammlung
Rheinland Kultur GmbH	A 9 A 9.1	Gesellschafterversammlung	Geborenes Mitglied
Klinikum Oberberg GmbH	A 10 A 10.1 A 10.2	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat	§ 113 II GO § 113 II GO
Haus Freudenberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung	A 11 A 11.2	Aufsichtsrat	§ 113 II GO (stellv. Vorsitzende)
Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH	A 14 A 14.1	Gesellschafterversammlung	Geborenes Mitglied o.V.i.A.
Vereine / Verbände			
LVR-Zentrum für Medien und Bildung – Medienzentrum für die Landeshauptstadt Düsseldorf	B 1 B 1.1	Beirat	Geborenes Mitglied (Vorsitzende lt. Satzung)
Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung im Regierungsbezirk Köln	B 2 B 2.1 B 2.2	Gesellschafterversammlung Institutsausschuss	Geborenes Mitglied Geborenes Mitglied

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.1 B 4.2 B 4.9	Hauptversammlung Hauptausschuss Ausschuss für Wirtschaft und EU-Binnenmarkt	als Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages Beschluss Hauptausschuss Entscheidung LD'in; Wahl durch Vorstand
Städtetag NW	B 5 B 5.1	Mitgliederversammlung	als Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.1	Landkreisversammlung	§ 113 II GO
Städte- und Gemeindebund NW	B 9 B 9.2	Hauptausschuss	als Verwaltungsleiterin (Einladung als Gast)
Höhere Kommunalverbände	B 10 B 10.1 B 10.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geb. Mitglied im Vorstand Geborenes Mitglied
EUREGIO Rhein-Waal	B 11 B 11.1	EUREGIO-Rat	Geborenes Mitglied
Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas	B 13 B 13.1	Delegiertenversammlung	§ 113 II GO
Ökologischer Beirat des LVR-Freilichtmuseums Lindlar	B 22 B 22	Beirat	Teilnahmerecht gem. Geschäftsordnung
Rheinischer Blindenfürsorgeverein 1886 Düren	B 28 B 28.1 B 28.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand Geborenes Mitglied (Vorsitzende lt. Satzung)
Region Köln/Bonn e.V.	B 29 B 29.1 B 29.2 B 29.3	Mitgliederversammlung Vorstand Ausschuss Regionale 2010	§ 113 II GO LA-Beschluss Benennung durch die Standortmarketing Region Köln/Bonn e.V.
Verschönerungsverein Naturpark Siebengebirge	B 30 B 30.1	Beirat	Geborenes Mitglied (ständige Vertretung durch LVR-FBL 92)
Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz	B 32 B 32.1	Vorstand	Geborenes Mitglied

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Altenberger Dom-Verein e.V.	B 33 B 33.1 B 33.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand Geborenes Mitglied (ständige Stellvertretung in MV und Vorstand durch LVR- Dez'in 9)
Fachhochschule Köln	B 35 B 35.2	Hochschulrat	Ernennung durch Wissenschaftsministerin NRW
Freundeskreis Abtei Brauweiler e.V.	B 40 B 40.1 B 40.2 B 40.3	Mitgliederversammlung Kuratorium Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand Geborenes Mitglied Geborenes Mitglied (ständige Stellv. durch LVR- Dez'in 9)
Zentral-Dombau-Verein	B 41 B 41.1 B 41.2	Hauptversammlung Gesamtvorstand	Persönliche Mitgliedschaft LD'in Wahl durch Hauptversammlung
Freunde des Wallraf-Richartz-Museums und Museums Ludwig e.V.	B 42 B 42.1 B 42.2	Mitgliederversammlung Ausschuss	als Mitglied des Ausschusses ex officio (Kraft ihres Amtes)
Förderverein Kulturhaus ehemalige Landsynagoge Titz-Rödingen	B 46 B 46.1 B 46.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als geborenes Mitglied im Vorstand Geborenes Mitglied (ständige Stellvertretung in MV und Vorstand durch Frau Grübel, LVR-FB Kultur)
RheinEnergie AG	B 51 B 51.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e.V.	B 54 B 54.1 B 54.2	Mitgliederversammlung Kuratorium	Entscheidung LD'in Beschluss Vorstand
Ökologischer Beirat des LVR-Freilichtmuseums Kommern	B 70 B 70	Beirat	Teilnahmerecht gem. Geschäftsordnung
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	B 75 B 75.1	Hochschulrat	Ernennung durch Wissenschaftsministerin NRW

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	Ifd. Nr.	Gremium	LVR- Direktorin Mitglied aufgrund
Stiftungen			
Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlerevier	C 2	Geschäftsführerin	Beschluss Vorstand
Sozial- und Kulturstiftung des LVR	C 8 C 8.1	Vorstand	§ 113 II GO
Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler	C 15 C 15.2	Stiftungsrat	Entscheidung LD'in
Stiftung Abtei Heisterbach	C 19 C 19.1	Kuratorium	Geborenes Mitglied
Kultur- und Sozialstiftung der Provinzial Rheinland Versicherungen	C 24 C 24.1	Vorstand	Geborenes Mitglied (stellv. Vorsitzende)
Gold-Kraemer-Stiftung	C 33 C 33.1	Kuratorium	Benennung durch Domprobst zu Köln; persönliche Benennung von LD'in

Kämmerin und LVR – Dezernentin Finanz- und Immobilienmanagement

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	ELR' in Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Rhein. Beamtenbaugesellschaft mbH	A 8 A 8.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Rheinland Kultur GmbH	A 9 A 9.2	Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO
Energeticon gGmbH	A 12 A 12.1	Gesellschafterversammlung	§ 113 Abs. 2 GO
vogelsang ip gemeinnützige GmbH	A 15 A 15.1 A 15.2	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat	§ 113 Abs. 2 GO Stellvertreterin von LVR- Dez. Karabaic (Entscheidung LD'in)
Erste Abwicklungsanstalt	A 17 A 17.1	Trägerversammlung	LA- Beschluss
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.10	Finanzausschuss	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
Städtetag NW	B 5 B 5.8 B 5.10	Wirtschaftsausschuss Finanzausschuss	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand) Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.4 B 6.6	Finanzausschuss Wirtschafts- und Verkehrsausschuss	Benennung durch HKV Benennung durch HKV
Landkreistag NW	B 7 B 7.3	Finanzausschuss	Entscheidung LD'in (Wahl durch Vorstand)
Städte- und Gemeindebund NW	B 9 B 9.4	Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft	Ständiger Gast (Entscheidung LD'in)
Höhere Kommunalverbände	B 10 B 10.1	Mitgliederversammlung	Begleitung von LD'in
KGSt	B 16 B 16.1 B 16.2	Mitgliederversammlung Verwaltungsrat	LA-Beschluss Wahl durch Mitgliederversammlung

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	ELR' in Mitglied aufgrund
Fachhochschule Köln	B 35 B 35.1	Kuratorium	Mitwirkung auf Bitte der FH Köln
Leuchtendes Rheinpanorama e. V.	B 52 B 52.1	Mitgliederversammlung	LA-Beschluss
Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister	B 71 B 71.1	Verbandsversammlung	Stellvertreterin von LVR-Dez. vom Scheidt (LA-Beschluss)
Fachverband der Kämmerer in Nordrhein-Westfalen e. V.	B 74 B 74.1	Hauptversammlung	Entscheidung ELR'in
Stiftungen			
Stiftung Preußen-Museum NRW	C 7 C 7.3	Anlagebeirat	Entscheidung ELR'in
Sozial- und Kulturstiftung des LVR	C 8 C 8.1	Vorstand	Stellvertreterin von LD'in (Entscheidung LD'in) (+ Geschäftsführerin der Stiftung)
Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler	C 15 C 15.1	Vorstand	Wahl durch Stiftungsrat auf Vorschlag LD'in (Vorsitzende)

LVR – Dezernent Personal und Organisation

Beteiligung / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 1 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
PROVINZIAL Rheinland Holding	A 3 A 3.3	Verwaltungsrat	ständiger Vertreter von LD'in, von LD'in ernannt
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.3 B 4.4	Rechts- u. Verfassungsausschuss Personal- und Organisationsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.2 B 5.3	Rechts- u. Verfassungsausschuss Personal- und Organisationsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Landkreistag NRW	B 7 B 7.2	Ausschuss für Verfassung, Verwaltung und Personal	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.5	Rechts-, Verfassungs-, Personal- u. Org. Ausschuss	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast
KölnAlumni – Freunde und Förderer der Universität zu Köln e.V.	B 37 B 37.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Universitätsgesellschaft Bonn - Freunde, Förderer, Alumni e.V.	B 38 B 38.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Innenministerium des Landes NRW	B 60 B 60.1	Landespersonalausschuss	Benennung durch die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW
Zweckverband KDN – Dachverband kommunaler It-Dienstleister	B 71 B 71.1	Verbandsversammlung	LA-Beschluss

LVR – Dezernent Jugend

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 4 Mitglied aufgrund
Vereine / Verbände			
Städtetag NRW	B 5 B 5.6	Sozial- und Jugendausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.3	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast
Förderverein Kölner Runder Tisch für Integration e.V.	B 73 B 73.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in;
Stiftungen			
RheinEnergieStiftung Familie	C 22.2 C 22.21	Stiftungsrat	Berufung durch Vorstand

LVR – Dezernent Schulen

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernent 5 Mitglied aufgrund
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.5	Schul- und Bildungsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.4	Schulausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.6	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast

LVR – Dezernentin Soziales und Integration

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	Ifd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 7 Mitglied aufgrund
Vereine / Verbände			
Landesbeirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen	B 14 B 14.1	Behindertenbeirat	Berufung durch Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW
Rheinischer Blindenfürsorgeverein 1886 Düren	B 28 B 28.1 B 28.2	Mitgliederversammlung Vorstand	als Vorstandsmitglied geborenes Mitglied (stellv. Vorsitzende lt. Satzung)

LVR – Dezernentin Gesundheit und Heilpädagogisches Netzwerk

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 8 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Klinikum Oberberg GmbH	A 10 A 10.3	Psychiatrieausschuss	Geborenes Mitglied; Vorsitzende lt. Geschäftsordnung
Tagesklinik Alteburger Straße gGmbH	A 14 A 14.2	Aufsichtsrat	§ 113 II GO; (stellv. Vorsitzende gem. LA-Beschluss)
Vereine / Verbände			
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.8	Gesundheitsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.7	Gesundheitsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Landkreistag NRW	B 7 B 7.4	Gesundheitsausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.3	Ausschuss für Jugend, Soziales und Gesundheit	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast
Krankenhausgesellschaft NW e.V.	B 18 B 18.1 B 18.2	Mitgliederversammlung Vorstand	LA- Beschluss LA- Beschluss
Stiftungen			
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.2	Beirat	Entscheidung LD'in

LVR – Dezernentin Kultur und Umwelt

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Beteiligungen			
Energeticon gGmbH	A 12 A 12.2	Aufsichtsrat	§ 113 II GO
Vogelsang ip gemeinnützige GmbH	A 15 A 15.1 A 15.2	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat	Stellvertreterin von ELR'in (Entscheidung LD'in) § 113 II GO
Vereine / Verbände			
LVR-Zentrum für Medien und Bildung Medienzentrum für die Landeshauptstadt Düsseldorf	B 1 B 1.1	Beirat	geborenes Mitglied
Deutscher Städtetag	B 4 B 4.6	Kulturausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städtetag NRW	B 5 B 5.5	Kulturausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Deutscher Landkreistag	B 6 B 6.5	Kulturausschuss	Benennung durch HKV
Landkreistag NRW	B 7 B 7.6	Schul- und Kulturausschuss	Entscheidung LD'in, Wahl durch Vorstand
Städte- und Gemeindebund NRW	B 9 B 9.6	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Entscheidung LD'in, Ständiger Gast
Kulturpolitische Gesellschaft e.V.	B 19 B 19.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Ökologischer Beirat des LVR-Freilicht- museums Lindlar	B 22 B 22	Beirat	Teilnahmepflicht gem. Geschäftsordnung
Brühler Schlosskonzerte e.V.	B 24 B 24.1	Kuratorium	Berufung durch Vorstand
Zweckverband "Naturpark Schwalm- Nette"	B 25 B 25.1	Verbandsversammlung	Entscheidung LD'in, beratend als Gast
Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande	B 31 B 31.1 B 31.2	Mitgliederversammlung Vorstand	Entscheidung LD'in Wahl durch Mitglieder- Versammlung (Vorsitzende)
Altenberger Dom-Verein e.V.	B 33 B 33.1 B 33.2	Mitgliederversammlung Vorstand	ständige Vertreterin von LD'in ständige Vertreterin von LD'in

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Freundeskreis Abtei Brauweiler e. V.	B 40		
	B 40.3	Vorstand	Ständige Vertreterin von LD'in
	B 40.4	Geschäftsführender Vorstand	geborenes Mitglied
Freunde des Wallraf-Richartz-Museums und Museums Ludwig e.V.	B 42		
	B 42.1	Mitgliederversammlung	als Ausschussmitglied
	B 42.2	Ausschuss	ex officio (Kraft ihres Amtes)
Verein zur Förderung von Architektur und Städtebau e. V. (hdak)	B 45		
	B 45.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Verein Niederrhein e.V.	B 48		
	B 48.1	Hauptvorstand	geborenes Mitglied (beratend)
Verein Beethoven-Haus Bonn	B 55		
	B 55.1	Kuratorium	Entscheidung LD'in
Sauerländischer Gebirgsverein e.V.	B 57		
	B 57.1	Beirat	Berufung durch Präsidium
Verein der Freunde und Förderer des Klosters Saarn e.V.	B 59		
	B 59.1	Beirat	Berufung durch Vorstand
Freunde und Förderer des Industriemuseums Cromford e. V. (Ratingen)	B 63		
	B 63.1	Kuratorium	geborenes Mitglied
Nordrhein-Westfalen Tourismus e. V.	B 67		
	B 67.1	Mitgliederversammlung	Entscheidung LD'in
Ökologischer Beirat des LVR-Freilichtmuseums Kommern	B 70		
	B 70	Beirat	Teilnahmepflicht gem. Geschäftsordnung
Stiftungen			
Sparkassen-Kulturstiftung Rheinland	C 1		
	C 1.1	Kuratorium	geborenes Mitglied (beratend)
	C 1.2	Vorstand	geborenes Mitglied (beratend)
Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlenrevier	C 2		
	C 2.1	Vorstand	LA- Beschluss
Stiftung Zanders - Papiergeschichtliche Sammlung	C 5		
	C 5.1	Vorstand	LA- Beschluss (stellv. Vorsitzende)
Stiftung Preußen-Museum NRW	C 7		
	C 7.1	Stiftungsrat	Teilnahme eines Verwaltungsvertreters als Gast (Entscheidung LD'in)
	C 7.2	Kuratorium	§ 113 II GO

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	lfd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Stiftung zur Förderung sozialer und kultureller Zwecke im Verwaltungsgebiet des LVR	C 8 C 8.2	Beirat	Entscheidung LD'in
Stiftung Wilhelm Lehbruck Museum	C 10 C 10.1 C 10.2	Kuratorium Anlageausschuss	§ 113 II GO Entscheidung Kuratorium
Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II	C 11 C 11.1	Kuratorium	§ 113 II GO
Stiftung Schloss und Park Benrath	C 12 C 12.1	Kuratorium	§ 113 II GO
Förderstiftung Museum Kurhaus Kleve	C 13 C 13.1	Kuratorium	§ 113 II GO
Stiftung Schloss Dyck	C 14 C 14.1 C 14.3	Stiftungsrat Anlageausschuss	§ 113 II GO Beschluss Stiftungsrat
Stiftung zur Förderung des Kulturzentrums Abtei Brauweiler	C 15 C 15.2	Stiftungsrat	Entscheidung LD'in
Stiftung Max Ernst	C 16 C 16.2	Stiftungsrat	§ 113 II GO
Stiftung Zollverein	C 18 C 18.11 C 18.12	Stiftungsrat Kuratorium	Teilnahme eines Ver- waltungsvertreters als Gast gem. Beschluss Stiftungsrat § 113 II GO
Nordrhein-Westfalen-Stiftung Heimat- und Kulturpflege	C 20 C 20.1	Stiftungsrat	Entscheidung LD'in, Berufung durch Land NRW
RheinEnergieStiftung Kultur	C 22 C 22.1	Stiftungsrat	Berufung durch Vorstand
Stiftung Neanderthal Museum	C 27 C 27.1	Stiftungsrat	§ 113 II GO
Stiftung Illustration	C 28 C 28.1	Kuratorium	Entscheidung LD'in (beratend)
Bürgerstiftung für verfemte Künste mit der Sammlung Gerhard Schneider, Solingen	C 29 C 29.1	 Vorstand	 § 113 II GO
Stiftung Ruhr Museum	C 30 C 30.1	Kuratorium	§ 113 II GO
Stiftung Kunstfonds zur Förderung der zeitgenössischen bildenden Kunst	C 31 C 31.1	Beirat für das Archiv für Künstlernachlässe	§ 113 II GO

jement

Beteiligungen / Vereine / Verbände / Stiftungen	Ifd. Nr.	Gremium	LVR- Dezernentin 9 Mitglied aufgrund
Landes-Stiftung Arp Museum Bahnhof Rolandseck	C 34 C 34.1	Kuratorium	Berufung durch die für Kultur zuständige Ministerin des Landes Rheinland-Pfalz
Sonstige Mitgliedschaften			
Römerthermen Zülpich - Museum der Badekultur	D 5 D 5.1	Beirat	§ 113 II GO